



713

Preis der Einzelnummer 30 Pfennige



Nr. 73

Montag, 3. Mai 1920

27. Jahrgang

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Abonnementspreis im Monat einschließlich Bringerlohn 6.— M., bei Selbstabholung 5.50 M.
Durch die Post bezogen vierteljährlich 15.— M., für 1 Monat 5.— M.
(Bestellgeld vierteljährlich 90 Pfg., monatlich 30 Pfg.)
Postcheckkonto Nr. 53 477. Postcheckkonto Nr. 53 477.

Redaktion:
Leipzig, Tauscher Straße 10/21.
Telegramm-Adresse: Volkszeitung Leipzig.
Fernsprecher: 18 093.

Inseratenpreise:
Die 7gespaltene Kolonelle 1.90 M. — Die 7gespaltene Kolonelle mit Plagvorschritt 2.30 M. — Die 7gespaltene Kolonelle Familiennachrichten 1.70 M. Die Reklame-Kolonelle 7.50 M.
Schluß der Annahme von Inseraten für die fällige Nummer früh 9 Uhr.

Erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Verlag in Leipzig, Tauscher Straße 10/21, Fernsprecher: 4596 • Inseraten-Abteilung Fernsprecher: 2721.

Würdiger Verlauf der Maifeier.

Die Berliner Genossen über die Haltung der Partei.

Eine Vermittlungsresolution zum Wahlkampf.
Berlin, 2. Mai. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) Die Generalversammlung des Bezirks Berlin-Brandenburg fand gestern ihre Fortsetzung. Erster Diskussionsredner war Genosse Stöcker. Er beklagte sich darüber, daß die Freiheit die Beschlüsse des Leipziger Parteitages nicht beachte. Der Leipziger Parteitag habe sich im Prinzip für den Anschluß an die Moskauer Internationale ausgesprochen. Die Freiheit habe niemals etwas zur Klärung über das Wesen der dritten Internationale geschrieben. Der Genosse Dr. Herz verteidigte die Haltung der Freiheit. Er wies auf die finanziellen und technischen Schwierigkeiten hin, unter denen die Redaktion zu arbeiten habe. Die Angreifer machten sich ihre Aufgabe sehr leicht, indem sie sich auf allgemeine Redensarten beschränkten, ohne einen einzigen Artikel anzuführen, in dem die Resolution gegen die Beschlüsse des Leipziger Parteitages verstanden habe. Der Genosse Koenen unterließ die Ausführungen des Genossen Stöcker nicht zu erwidern. Die Freiheit habe gegen die Verzögerung der Einberufung der Sozialisationskommission nicht genügend Protest geäußert. Auch in der auswärtigen Politik habe sie nicht den Standpunkt des Leipziger Parteitages eingenommen.

Der Genosse Crispian trat allen diesen Ausführungen in seinem Schlusswort entgegen. Der Parteitag habe auch deutlich dokumentiert, daß auch der Parlamentarismus als Kampfmittel benutzt werden solle. Der Sozialismus müsse erlernt werden und nicht nur gesprochen. Zur Frage der dritten Internationale müsse er erklären, daß der Parteitag beschlossen habe, daß die Partei nicht bedingungslos nach Moskau gehen solle. Die vorgeschriebenen Bedingungen hätten sich aber noch verschärft. Moskau verlangt jetzt, daß der rechte Flügel der U. S. P. aus der Partei ausgeschlossen werde und daß sich der linke Flügel der U. S. P. auflöse. Dann erst könne die U. S. P. in die dritte Internationale aufgenommen werden. (Allgemeines Gelächter.) Die Partei sei bereit, eine Kommission nach Moskau zu schicken, an der sich sowohl Genosse Däumig wie auch Genosse Crispian beteiligen soll, um mit den Moskauer Genossen direkt in Verbindung zu treten.

Zum Schluß wurde eine vom Genossen Herz eingebrachte Resolution gegen wenige Stimmen angenommen. Sie lautet:

Die Generalversammlung steht im Generalrat den Vorkämpfern einer Reihe von Nationalitäten, die zur Eroberung der politischen Macht durch das Proletariat führen werden. Sie anerkennt das Gewicht der Gründe, die sie das praktische Verhalten der Partei und Streitigkeiten maßgebend waren. Sie erklärt in der Revolutionierung der Massen und in der Bekämpfung des Klassenkampfes die wesentlichsten Ergebnisse dieses Kampfes. Sie betrachtet es als Aufgabe der U. S. P., die dadurch geschaffene Situation im revolutionären Sinne auszunutzen, um den Massen die Notwendigkeit der Diktatur des Proletariats zur Verwirklichung des Sozialismus klar zu machen und die künftigen Kämpfe vorzubereiten. Diesem Ziel muß auch die Führung des Wahlkampfes dienen, in dem durch arbeitsfähige Aktionen die Massen für den revolutionären Sozialismus gewonnen werden müssen. Zur erfolgreichen Durchführung des Wahlkampfes ist die volle Einmütigkeit und Geschlossenheit der Partei ein dringendes Gebot. Die Generalversammlung fordert alle Parteigenossen und Genossinnen auf, sich mit aller Kraft in den Dienst der Agitation und Propaganda zu stellen.

Mit 225 gegen 170 Stimmen beschloß daraufhin die Generalversammlung, daß mit Ausnahme dieser Resolution alle anderen prinzipiellen Resolutionen und Anträge, auch die über die Haltung der Freiheit, erledigt sind. Ein Antrag auf die Abschaffung des Verhältnisses des Reichsanwalts Prof. Charlottenburg wird für erledigt erklärt, nachdem der Vorsitzende mitgeteilt hatte, daß gegen Prof. bereits ein Audienzverfahren schwebt. Ferner stimmte die Generalversammlung einem Antrag zu, der zur Kontrolle der politischen Haltung der Freiheit eine Prekominmission fordert, die sich aus einem Vertreter der Direktion Groß-Berlins zusammensetzen soll. Diese Prekominmission soll nicht mit dem Ausschussrat identisch sein.

Kandidatenaufstellung in Berlin-Stadt.

Berlin, 2. Mai. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) In der Bezirks-Generalsversammlung Berlin-Stadt der U. S. P. sprach Däumig in einem Referat sich gegen den Parlamentarismus aus. Genossin Zieg und Genosse Ledebour traten ihm in der Diskussion entgegen. Richard Müller betonte, daß es in der neuen Fraktion zu schweren Meinungskämpfen kommen würde. Die Aufstellung der Kandidaten zur Reichstagswahl wurde folgendermaßen vorgenommen: Ziese (425), Eichmann (411), Ledebour (400), Crispian (400), Dr. Wolsch

(808), Adolf Hoffmann (808), Matzahn, Hoffmann, Dr. Weinberg, Richard Müller, Dr. Herz, Ludwig, Margide Wurm, Müller, Paul Seckert.

Ansiedlung der Balkumer.

Berlin, 2. Mai. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) Die Volkische Zeitung meldet vom 1. Mai aus Münster: Heute mittag fand im Münsterlager eine Besprechung des Hauptmann Schumbe mit dem Führer der Marinebrigade, Korvettenkapitän Ehrhardt statt. Schumbe schlug dem Kapitän vor, die Leute der Marinebrigade in Ostlandereien und Domänen nach dem Muster von Bielefeld anzusiedeln. Korvettenkapitän Ehrhardt erklärte sich mit dieser „Ansführung“ der Marinebrigade einverstanden. Er sei überzeugt, daß seine Leute gern und rühmlich auf diesen Vorstoß eingehen würden. Er wolle jedoch nicht früher vor seine Truppe treten, bis die Regierung eine Gewähr gegeben habe, daß der Vorstoß auch wirklich durchgeführt werde. Da die ganze Truppe ihrem Führer unbedingt ergeben ist und nie etwas ohne oder gegen ihn unternommen würde, wird Schumbe sofort nach Berlin zurückfahren, um von der Regierung bindende Befehle zu erhalten. Er hofft, daß die Ansiedlungen der Marinebrigade bereits in den nächsten Wochen gesehen kann. Die Vorarbeiten sollen sofort beginnen und die Aufstellung der Formation so geregelt werden, daß die einzelnen Gruppen unmittelbar in das ihnen zugewiesene Arbeitsgebiet abgehen können.

Die Meuterer sollen also mit Land belohnt werden. Und mit ihrem Häuptling wird wie mit einer gleichberechtigten Macht verhandelt. Dabel lassen die Balkumer immer deutlicher erkennen, daß sie sich auf einen neuen Putsch vorbereiten. Folgende Bekanntmachung fanden wir in dem dortigen Kreisblatt:

2. 2000. Eslan, den 14. April 1920.
Betrifft: Sperrung des Truppenübungsplatzes Münster.
Am 17., 20. und 21. April 1920 finden täglich von 9 Uhr vormittags bis 5 Uhr nachmittags Scharfchießübungen der Infanterie und Artillerie auf dem Übungsplatz Münster statt. Das Betreten des Platzes während dieser Zeit ist verboten.
Der Kommand. J. A.: Harder, Kreissekretär.
Also so steht die in Aussicht gestellte Entwaflung der baltischen Meuterer aus. Man darf die Frage aufwerfen: Wer liefert diesen Leuten die Munition, damit sie gleich an drei Tagen acht Stüngen lang Schießübungen veranstalten können?
Der Reichswehrminister hat sich kürzlich feierlich vor den Vertretern der Arbeiter- und Angestellten-Organisationen verpflichtet, daß den meuterischen Truppenteilen keine Munition mehr geliefert werden solle. Wer diesem Befehl zuwider handle, werde schwer bestraft werden. Wie steht es damit? Ist der Reichswehrminister nicht in der Lage, seinen Befehlen Achtung zu verschaffen? Oder hat er sich etwa selbst eines „Besseren“ besonnen?

Zur Konferenz in Spa.

Ben, 2. Mai. (L. U.) Aus Paris wird gemeldet: Die französischen Zeitungen berichten, daß man auf französischer Seite eifrig an der Arbeit sei, ein Programm aller jener Fragen aufzustellen, die auf der Konferenz von Spa zur Sprache kommen sollen. Eine erste, zur Entscheldung kommende Frage wird das Studium der Zusammenfassung der Konferenz sein. Die Frage, ob an ihr nur Frankreich, England, Italien und Belgien oder ob die neugebildeten Staaten Polen, und Tschecho-Slowakei auch daran teilnehmen sollen, wird an erster Stelle stehen. Vielleicht werden auch Dänemark und alle diejenigen Staaten teilnehmen, die verinige ihrer geographischen Lage ein Interesse an der Entwaflung Deutschlands haben. Die französische Presse läßt durchblicken, daß man in Paris einer Erweiterung der Konferenz wohlwollend gegenübersteht.

Konferenz für den Handelsverkehr zwischen Deutschland und Frankreich.

In der Senatssitzung vom 29. April hat Müller auch mitgeteilt, der Vorsitzende der deutschen Delegation bei der Friedenskonferenz, Ministerialdirektor Goepfert, habe ihn aufgesucht, um zu erklären, daß die deutsche Regierung der französischen Regierung einen Meinungsaustausch unter einigen deutschen und französischen Delegierten, die Sachverständige des wirtschaftlichen Lebens sein wollen, vorschlägt, die alle Fragen besprechen sollen, die den Handelsverkehr zwischen beiden Ländern betreffen. Er habe den Vorschlag der deutschen Regierung angenommen und erklärt, daß der Handelsminister in kürzester Frist einen französischen Delegierten für die vorgeschlagene Konferenz ernennen werde. Er fügte hinzu, daß es nicht von Frankreich abhängen werde, ob diese Konferenz tatsächlich zu guten Ergebnissen führen werde.

Die Böcke und die Schafe. Zur Flucht aus der demokratischen Partei.

Die Demokratische Partei, bisher die numerisch stärkste des bürgerlichen Lagers, hat ihren Anzug weg. Sogar einen schweren Anzug, und diesen noch ausgerechnet fünf Wochen vor der Wahl. Die sogenannte „liberale“ Richtung in der Partei, die von dem rechten geföhrt wurde, die noch immer auf den Stahl verweilt und stark angefaulten Vorderen der weilsand nationalliberalen Partei schlafen, hat dieses ihr sanftes Ruhebett verlegt und ist in das ganz reaktionäre Haus gezogen. Denn die Deutsche Volkspartei des Herrn Stresemann, zu der die Sezession sich vollzog, ist nur ein andres Zimmer im selben Haus mit der Deutschen Nationalen Volkspartei; das hat erst dieser Tage deren Vorsitzender Herz ausdrücklich festgestellt. Dem Bürgerium also, das so leichten Herzens und mit so raschem Anlauf von der einen in die andre Partei hineinspringt, sind alle die „großen Weltanschauungskrisen“, der „ewige Gegensatz“ zwischen Demokratie und Autoritätsstaat, zwischen Monarchie und Republik und alle andern Kapiteln sogenannter Besatzungsfragen durchaus fremd. Die demokratischen Prediger vom Schilke des Herrn H. Woff hatten sich ja vor ihrer bürgerlichen Gemeinde die Rehlen doch immer wundgeredet, daß es solche Dinge wie Weltanschauungsfragen im bürgerlichen Lager zwischen rechts und links gäbe. Alles vergeblich! Der achte brave Bürgermann vom alten Schrot und Korn stolpert über solche Intonationspolitischer Evangelien wahrhaftig nicht. Er hat nur eine Idee — und die heißt Profit. Alles andre ist ihm Dade wie Dose. Dieser Bestimmung bedarf es, wenn man den Riß in der bürgerlichen sogenannten Demokratie überhaupt verstehen will.

Als das Bürgerium in Deutschland in der Novemberrevolution dank der elementaren Kraft der Arbeiterklasse an die Wand gedrückt war, daß es quatschte, versiel es — was war auch natürlicher? — auf den nicht gerade planetenbewegenden Gedanken, sich hinter einer großen politischen Kiruppe vorläufig zu verstecken, die man „Deutsche Demokratische Partei“ benannte. Als reine Knastgeburt, als ein Embryo, der leinodwegs bis zur politischen Reife ausgetragen war, kam so aus der Verschmelzung der alten „nationalliberalen“ und der „fortschrittlichen Volkspartei“ die neue demokratische Partei zur Welt. Sie wurde im Hundstreiben die große Sammelstelle der um ihren Ausbeuterprofi, insbesondere ihre Kriegsgewinne hangenden groß- und kleinstädtischen Patrizier, Pöbeler und Manchesterleute, die sich die geistige Geburtshilfe ihrer politischen Orientierung durch einige prominente und mondänere Geister, wie den Herrn v. Gerlach, die Pazifisten Quilbe und Schilling, den Freigeistprofessor Weber aus Heidelberg, kurz alle jene Propheten, die vorher in ihrem eigenen bürgerlichen Hinterland am allerwenigsten etwas gegolten hatten, zwar nicht mit Begeisterung, aber doch mit Geduld anfänglich gefallen ließen. Leute, die sich als Annexionsparasiten und wilde Unterleebooterische allzu sehr vor der Revolution blamiert hatten, darunter der betriebseifrige nationalliberale Führer Stresemann wurden ausgebaut, obgleich sie die Fahrt auf dem glücklichsten Schiff der neuen Demokratie gerne mitgemacht hätten. Da gab es heiße Bähren und brennende Augen. Mit bitterem Weh trennten sich z. B. die Leipziger nationalliberalen Epileptiker von ihrem glorreichen Herrscher Brandenburg, der sie in der von ihm propagierten Vaterlandspartei so herrlichen Zeiten entgegengeföhrt hatte. Im lärmenden Einigungsummel entstand dann wirklich die neue demokratische Partei, zu der die fortschrittlichen Professoren und Advokaten die Phrasologie und sehr dünne Mitgliederlisten, die nationalliberalen Industriekapitäne aber die fetten Subskriptionsfonds und die effektlicheren Wählerverzeichnisse beisteuerten. Das wäre alles gut und schön im Sinne politischer Piffigkeit gewesen, wenn nicht eben das böse infant terribile Stresemann, das man aus der guten demokratischen Kinderstube ja ausgeschlossen hätte, nicht gewesen wäre. Als dieser nämlich kurz darauf hinging und die Deutsche Volkspartei mit einfachem Neuaufbau auf den alten nationalliberalen Kaffeesay gründete, tat man diese Konkurrenzgründung bei den eigentlichen „Demokraten“ zwar ebenso mit einer verächtlichen Handbewegung ab, als man jetzt auch die Separatisten abtun will, die heute zu ihm übergegangen sind. Wer sich aber in der bürgerlichen Mentalität besser zurechtfindet als die phrasologischen Größen der Zangengeburt bürgerlicher Demokratie, fühlte schon damals, daß Stresemann seine Pappenhelmer durchaus richtig eingeschätzt hatte, als er, halb gestoben, halb aus eigenem Antrieb seine eigene Partei gründete. Stresemann gab seiner „Deutschen Volkspartei“ von vornherein das Gepräge der alten Fraktion Preußische,

Er sagte zur neuen verfassungsmäßigen Verfassung, daß es, daß ja, wie's gerade trifft, und rückt in den Vordergrund aller seiner Politik die Sorge um den Selbstbestand, den Schutz der "Arbeit" und der "gesunden Wirtschaft". Er hatte den spießbürgerlichen Nagel auf den Kopf getroffen. In seiner bewußten Arbeitersolidarität lag seine Stärke, die er sich mehr und mehr in bürgerlichen Lager zu erwerben wußte. Die stark symptomatischen Wahlen in der Pfalz haben — das soll man in unserm Lager nicht verkennen — ja nicht nur einen glänzenden Sieg des unabhängigen Proletariats erwiesen, sondern auch der Deutschen Volkspartei einen erheblichen Stimmengewinn im Gegensatz zu den andern Parteien zugebracht.

Der gegenwärtige Rechtsabmarsch der sogenannten Mugdanesen in Berlin wie im Reich enthält sich diese ziemlich stark verschobene Situation im bürgerlichen Gesellschaft. Man hat an der bürgerlichen Front die Gesamtheit republikanischer oder gar sozial-republikanischer Gesinnung, die man sich bei der Revolution zuletzt, gründlich satt und glaubt sie heute nicht mehr notwendig zu haben. Die Partei ist dem Bourgeois gerade wieder recht, die um jeden Preis das hohe Ziel des Mehrwerts angang gleich, was sie sonst für eine Stellung zu sogenannten "Verfassungsfragen" einnimmt. Das engbrüstigste, nachlässigste, kleinstirnigste Bananensium des viden Portemonnaies, das aber nun einmal das Charakteristikum des Gros einer Klasse bleibt, über die ökonomisch der Stab gebrochen ist, steht hinter jenem Vorgang. Eine Klasse, die wirtschaftlich auszuspielt hat, hat auch an Ideen kein Pulver mehr zu verschleudern; Klischee, das ökonomisch absterbende Bürgertum zu vergeistigen, wie das im Anfang die führenden Geister der demokratischen Partei noch versuchten, müssen schließlich. Es ist also kein Zufall, sondern Befehlsgang des ganzen Vorganges, daß sich zum Wortführer der Separationsbewegung jener Berliner Malhaus freilich gemacht hat, der mit den politischen Prototypen Mugdan, Kopsch und Biemer geradezu Triumph der spießbürgerlichen Borniertheit und qualitativen politischen Blödsinnigkeit schon im alten Reichstag gefeiert hat. Das Bürgertum hat nichts mehr zu erobern, sondern nur noch etwas zu verteidigen — und das ist die kapitalistische Gesellschaftsordnung, den Profit des Ausbeutenden. Diesen reaktionären Gedanken werden alle andern sogenannten Ideen despolitisch untergeordnet; es ist das ökonomische Zwangsgezet, unter dem heute die Bourgeoisie lebt, und welche der bürgerlichen Partei, die die Allmacht dieser Zwangslage nicht oder nicht vollkommen versteht. Was wird also aus der demokratischen Partei, mit der heute das Bürgertum seine tiefgehende Unzufriedenheit durch den Austritt gerade seiner typischen Vertreter, nämlich der apolitischen Bananen, vertritt? Entweder die Partei marschiert sich so stark nach rechts durch, daß auch kein Quartier mehr sie von der früheren nationalliberalen Partei glänzenden Gedanken trennt, jenem korruptesten, unwahrscheinlichsten Parteigebilde, das je gelebt hat. Oder aber sie sinkt wieder auf das Niveau einer bürgerlichen Sekte zurück, die, wie einst die Fortschrittler, einige Leute von größerer oder geringerer Größe im spärlich besetzten Beiratszimmer versammelten. Welchen Weg die Partei nehmen wird, die Leute wie Gerlach schon längst festgelegt hat und selbst den kapitalistisch gewiß unvoreingenommenen Theodor Wolff aus ihrem Vorstand herausgestoßen hat, kann nicht vorhergesagt sein. In ihrer Entgegnung auf die Audienzverklärung der Leipziger Kapositen rühmt jetzt die Leipziger Partei ihre reaktionären Taten, als da sind: "Verteidigung des Privateigentums, Verhinderung der allgemeinen Sozialisierung (1), Schutz des religiösen Lebens." Ist nicht gerade unter dem Zeichen eines bürgerlichen Verstandeswunders für den Gang der Weltgeschichte, der die Verwissenschaftlichung der Produktionsmittel heißt, die demokratische Partei gegründet worden? Hat sie sich nicht gerade mit dem Ruf "Los vom Kirchengewalt" in den ersten Wahlkampf gestürzt? Nun, vor dem zweiten Wahlkampf, will sie "Verhinderung der allgemeinen Sozialisierung", "Schutz des religiösen Lebens"! Es ist wahrhaftig schwer, eine Satire nicht zu schreiben.

Den Mugdanesen in Berlin sind die Mugdanesen in Belgien auf dem Fuße gefolgt. Sowohl mag auch hier, wie es die erste offizielle Darstellung durch die demokratische Parteipresse gesehen wissen wollte, der Hunger einiger Ehrgeizlinge nach Mandaten der äußere Anlaß gewesen sein. Aber das demokratische Leipziger Tageblatt selbst beurteilt in seinem heutigen Morgenblatt-Veltartikel den Vorgang schon wesentlich ernster. Es gibt ja, daß "vielleicht der Austritt der Manifestanten noch weitere schwankende Geister irre machen wird". In der Tat, man sieht die Namen der Abtrünnler und weiß alles!

Justizrat Widhagen war im ehemaligen Verein der Fortschrittlichen Volkspartei schon immer so etwas wie ein köhler eingeschlagener Nagel gewesen; welche Kaltpolier diesen Vertreter reaktionärer Schneidigkeit und Schindrigkeit einmal dazu getrieben hatte, sich dem Doktrinismus kleinstädtischer Achtundvierziger anzuschließen, mag auszusprechen einem bedeutenden Talent vorbehalten bleiben. Der Rommerleitrat Zobias, der früher im Finanzministerium des Reiches genau sich auskannte, ist politisch nur soviel interessiert, als die Dividende seiner Fabrik ungeschmälert erhalten bleibt. Der Redakteur Dr. Günther von den "Leipziger Neuesten Nachrichten" war, soweit wir wissen, Schriftführer des ehemaligen Nationalliberalen Vereins gewesen. In der "Demokratischen Partei", die ja unter Aufsicht der Nachrichten-Mitwirkung gegründet worden war, hat er einen solchen "hervorragenden" Posten nicht erhalten. Dagegen brachte er das Kunststück fertig, als ein eingeschriebener Demokrat die alldeutschen "Nachrichten" zu machen. Der Handelskammerpräsident Schmidt ist eine weit andächtigere politische Null für jeden, der ihn einmal gehört hat; über den Aussatzel hinaus existiert für ihn nichts. Herr Rrmse ist Nichts-als-Sausagrarier reinster Art; der christlich-nationale Arbeitersekretär Schwede ist der Arbeiterscheid kaum dem Namen nach bekannt. Es bestreite sich also auch hier in Belgien, was für Berlin zurift.

Der apolitische Wefensklern der sogenannten "Demokratischen Partei" hört sein Gros bei einer anderen, noch stärker reaktionären Partei wachsen. Flugs ist er dabei; aber mit zu dieser Partei hinüber wird er die Regionen der Wohlbürgerlichen Schleppen, die, ideallos von nichts anderem als vom Profit der täglichen Geschäftshüberei leben und die, wenn sie schon einmal das Bedürfnis haben, sich politisch aufzuklären, an den Stammtisch im Thüringer Hof klüften und dort ihre Phantasie über den amerikanischen-japanischen Zukunftskrieg mit dem Geschimpf über das "Judenvergnügen" und die französische Revolutions-Vollblut zu einem lieblich dufenden Gektuchen anrühren.

Aber für den Arbeiter tut es gut, sich daran zu erinnern, daß alle diese Leute, die heute der demokratischen Partei mit dem Spruch "Wir von Berlin" kommen, im jenseitigen Berlin mit ihren schlaun

Wagnern Graf, Graf, Schmelzer, Jöhel e tufft mannt den Wegstär Bürgerauschuh begründet haben, zum Teil noch heute variirten und in ihm die allerbüchste Brachialpolitik gegen das Proletariat treiben, die sich denken läßt. Hier ist der neutrale Boden, auf dem man sich immer wieder finden wird, auch wenn man politisch sich in die Haare geraten ist. Herr Zobias, Herr Widhagen und noch einige andre sind neben dem Exdemokraten Goch Vorstandsmittglieder des Bürgerauschusses oder waren, es wenigstens. Die Koalition der bürgerlichen Reaktion gegen die Arbeiterschaft wird also auch durch alle Meinungsverschiedenheiten in den politischen Klippes-fragen keine Abschwächung erfahren. Als "Demokraten" werden die Separatisten Herrn Goch nicht mehr wählen, aber für den Arbeitergegner Goch — jederzeit!

Die Maidemonstration.

Der Feiertag, den die bürgerliche Mehrheit der Nationalversammlung nicht anerkennen wollte, dem die Bourgeoisie sich mit wütendem Gelächter entgegenstellte, ist vom arbeitenden Volke entschlossen genommen und zu einer glanzvollen, wichtigen Demonstration gestaltet worden. Die Arbeitstraße ist in Deutschland in imposanter Weise durchgeführt worden und die Verweigerung der gesetzlichen Festlegung der Feiertage hat die Bedeutung und ihren Einbruch der demonstrativen Arbeitseinstellung lebhaft steigern können. Aus allen Teilen Deutschlands wird gemeldet, daß die Beteiligung an der Kundgebung groß und gewaltig gewesen ist. Die zweite Walfeder der Revolution ist eine glänzende Deerschau der Kämpfer gewesen, die in der kommenden Wahlkampf für die Sache des Proletariats streiten werden.

Auch im Ausland in der Demonstration in großartiger Weise vor sich gegangen. In England hat der Gedanke der Arbeitstraße einen erfreulichen Aufbruch nach vorwärts getan. In Paris hat die Bourgeoisie auf die demonstrierenden Arbeiter sich nicht lassen. Vier Tote, über 100 Verwundete haben die Diktator der Ordnung auf Pfahle gesteckt. Ein Zeichen, bis zu welchem gefährlichen Zustande die Klassenengegenseite in diesem Siegerlande gediehen sind.

Die Weltrevolution marschiert. Der Gedanke der internationalen Verbrüderung erhebt sich aus dem Zusammenbruch schwerer Kriegsjahre. Das Proletariat aller Länder hebt die in den Staub getretene Fahne des wahren Völkerefriedens auf und trägt sie der Menschheit voran. Die Weltrevolution, die Erlöserin der Unterdrückten und Ausgebeuteten aller Nationen, ist auf dem Marsche! Arbeiten wir für sie!

Die Redungen über die Feiertage
Berlin, 3. Mai. (Eigene Drahtmeldung der U. S.) Die Malfeder verließ überall ruhig. Die U. S. V. beherrschte vollkommen Berlin. Sie veranstaltete in Treptow, im Humboldthain, im Friedrichshain, auf dem Tempelhofer Felde und auf dem Wittenbergplatz und in einigen Vororten große stark besuchte Versammlungen unter freiem Himmel ab. In Treptow sprach u. a. der Vertreter der russischen Gewerkschaften, Genosse Schapnikoff, der zur Wiederaufrichtung der Internationalen der Gewerkschaften mit Rußland nach Deutschland gekommen ist. Am Anschluß bildeten sich gewaltige Demonstrationen, die mit Musik und roten Fahnen die Straßen durchzogen. Die Adenachstände waren meist, die Kaufhäuser sämtlich geschlossen. Die U. S. V. veranstaltete nur Versammlungen in geschlossenen Sälen. Die A. P. D. hat 12 Versammlungen abgehalten.

Aus dem Reichsgebiet werden fast allgemeine Arbeitssuche und gewaltige Umzüge gemeldet. Auch das Kruppische Werk in Essen lag still.

In Hamburg war die Beteiligung der Arbeiterschaft gewaltig.

In Halle fand ein großer Zug nach dem Sandbanger Platz, wo Bestreben gehalten wurden.

In Frankfurt a. M. fanden große Versammlungen und Umzüge statt. Für den Nachmittag hatten die Arbeiterorganisationen Vorstellungen der Theater veranstaltet.

In München hat es die reaktionäre Regierung nicht unterlassen können, die Arbeiterschaft durch das Verursachen von Auto-unfällen mit Reichswehrsoldaten zu provozieren. Allerdings ohne Erfolg. Die U. S. V. hielt in den vier größten Vororten der Stadt stark besuchte Versammlungen ab. Die A. P. D. veranstaltete eine große Kundgebung im Ausstellungspark.

Das Ausland.

Deutsch-Oesterreich.

Wien, 1. Mai. Die Malfeder ist in ganz Oesterreich ohne Störung verlaufen. Überall fanden festliche Veranstaltungen und Umzüge statt. Verbühren, Theater und Geschäfte hatten geschlossen.

Im Reich der weißen Wälderbanden

Budapest, 1. Mai. Ein Erlass des Ministers des Innern verbietet für den 1. Mai den Ausschank alkoholhaltiger Getränke. Aufzüge und Kundgebungen sind verboten.

Staatsfeier Belgrad in der Tschech. Slowakei.

Prag, 30. April. Der Ministerrat hat beschlossen, daß der 1. Mai als allgemeiner Staatsfeiertag gefeiert wird.

Arbeitsruhe in England.

London, 1. Mai. (Meiner.) Aus Anlaß des 1. Mai waren Tausende von Fabriken und Werkstätten geschlossen. Die Bantitätel ruhte, die öffentlichen Dienste blieben ungestört. In London und den Hauptorten der Provinz wurden Kundgebungen veranstaltet. Auf einer Massenversammlung im Hyde Park wurden Reden in englischer, holländischer, russischer, polnischer und französischer Sprache gehalten. In einem Beschlusprotokoll wurden soziale Reformen und der Friede mit Rußland verlangt.

Musique Feiertage in Paris.

Paris, 1. Mai. Nach den bis jetzt vorliegenden Nachrichten ist die Malfeder in Frankreich ruhig verlaufen. Es wird fast überall gefeiert. Auch Paris macht den Eindruck einer Stadt, in der das gesamte Geschäftsleben still.

Paris, 2. Mai. Anlässlich der Malfeder ist es am späten Nachmittag und am Abend in Paris bei Kundgebungen wiederholt zu Zusammenstößen mit der Polizei gekommen. Nach den Morgenblättern wurden viele Personen verwundet, auch etwa 25 Polizisten. Die sozialistischen Abgeordneten Alexander Blanc und Vailant-Conturier gerieten in eine Kundgebung hinein. Dieser wurde verwundet, dieser erlitt einige Hautabwühlungen. Laut Mittag wurden etwa 60 Personen verhaftet. Zwei Personen sollen getötet sein. Nach Journal sind dies eine Frau, die am Fenster ihrer Wohnung durch einen Revolverkugeln getötet wurde, und ein Bäckerlehrling. Auf dem Boulevard Maenta wurde ein Waffenladen geplündert. Aus der Provinz werden keine Zwischenfälle gemeldet.

Paris, 2. Mai. Die die Polizeiprästektur mittelst, sind bei den großen Kundgebungen 102 Polizeibeamte verwundet und 103 Personen verhaftet worden. Nach dem Bon-Solei sollen gestern vier Personen getötet worden sein. Gegen die Abgeordneten Blanc und Vailant-Conturier werde eine Strafverfolgung wegen Widerstandes gegen die gewaltfreie Gewalt eingeleitet werden.

Streik der französischen Eisenbahner für die Sozialpartei.

Paris, 30. April. (Gavas.) Der leitende Ausschuh der Confederation Generale du Travail teilt mit, daß der Landes-Eisenbahnerbund Frankreich am Sonnabend, dem 1. Mai, in den Allgemeinausschuh tritt, um die Verstaatlichung der Eisenbahnen zu erzwingen. Dies fordere die gesamte Arbeiterbewegung. Der Ausschuh werde sorgen, daß die Versorgung des Landes gesichert bleibe.

Paris, 1. Mai. Gavas berichtet, daß mehrere Gewerkschaften in Versammlungen Tagesordnungen angenommen haben, in denen sie sich mit den streikenden Eisenbahnern solidarisch erklären. Der Vollzugsausschuh der Eisenbahner fordert auf, bis zur allgemeinen Erfüllung der Forderungen auszuharren.

Paris, 2. Mai. Vom Eisenbahnerausschuh merkte man bis gestern Abend wenig. Angeblich sind durchschnittlich 10 Prozent der Eisenbahner ausständig, in Paris von 45 000 Anwesenden 13 000. Das Gewerkschaftsblatt La Bataille erklärt nach Mitteilungen der Eisenbahnergewerkschaft, daß man mit der Beteiligung zufrieden ist, und daß namentlich die Eisenbahner der Nord- und der Ostbahn, die im Februar dem Ausstand ferngeblieben waren, sich diesmal beteiligten. Das Blatt bezweifelt die Mitteilungen der Eisenbahnergewerkschaften als nicht den Tatsachen entsprechend.

Der Verwaltungsrat des Allgemeinen Arbeiterverbandes (C. G. T.) hat gestern Abend beschlossen, die Bergarbeiter, die Dockarbeiter und die Eingekerkerten der Handelsmarine für Montag zum Ausstand aufzurufen, und sich mit der durch die Eisenbahnergewerkschaft hervorgerufenen Bewegung solidarisch erklärt.

Demonstrationsstreik der italienischen Eisenbahner.

Rom, 1. Mai. Die Eisenbahner sind heute früh in einen 21stündigen Streik eingetreten.

Vom gleichen Recht.

Das außerordentliche Kriegsgericht in Wesel hat den Eisenträger Christian Kopp aus Duisburg am 17. April wegen Mordversuchs und schweren Diebstahls zum Tode verurteilt. Ueber den Tatbestand teilt das Wolffsche Bureau, das von den Greuelthaten der Reichswehr nichts zu melden wußte, beklissen das Folgende mit:

Kopp hat nach seinem eigenen Geständnis am 23. März d. J. im Stippenhause bei Wesel den dort im Keller mit andern Gefangenen zusammen eingesperrten Leutnant Weber von der Reichswehrbrigade eigenmächtig herangezogen und zu sammen mit andern Leuten im Hofe niedergeschossen. Die Täter ließen dann den durch Wundschmerz schwer verwundeten Offizier liegen, damit er noch länger die Schmerzen ausstehen sollte. Später hat ein Kommandeur der Roten Armee dem bedauernswerten Offizier mit einem Messer die Kehle durchgeschnitten. Kopp hat darauf die Leiche beraubt. Bei dem Verbrechen, die Uhr des Ermordeten zu verkaufen, wurde er einige Tage später verhaftet. Der Reichspräsident hat es in diesem Falle abgelehnt, von seinem Begnadigungsrecht Gebrauch zu machen.

Wir wollen den Verurteilten nicht in Schutz nehmen. Wir verurteilen seine Tat mit aller Entschiedenheit. Wer wenn er von dem sozialdemokratischen Reichspräsidenten Ebert — dessen Partei übrigens die Abschaffung der Todesstrafe in ihrem Programm hat — dem Richter angeliefert wird um der Gerechtigkeit willen, so möchten wir doch darauf hinweisen, daß in Deutschland noch sehr viele Mörder ungestraft herumlaufen. Wir nennen nur den Massenmörder Marloh, der zu vier Wochen Gefängnis verurteilt wurde. Wir erinnern an die ungeschätzten Morde an Viehweid und Rosa Luxemburg. Und was wird mit den Mordgefallen in Reichswehruniform, die jetzt wieder im Ruhrrevier ihre bestialischen Nachgeschleife an wehrlosen Gefangenen ausgelassen haben? Ueber ihre Taten schweigt Wolffs Bureau, schweigt die geschwätzige Nachrichtenstelle des Ministerlichen Bezirkskommandos, schweigt die gesamte "Ordnungs"presse. Wie weit die Untersuchung gegen diese Unmenschen geblieben ist, erfährt man nicht. Bleibstet werden einige Mörderböcke noch einmal angeklagt. Wer was wird dann mit ihnen geschehen? Brauchen wir an die milden Urteile zu erinnern, die gegen die Mörder der unschuldigen katholischen Gewerkschafter in München ergangen sind?

Wahrlich, der Gerechtigkeitsmann des Reichspräsidenten Ebert hat keine bedenklichen Wörter. Wir verstehen unter gleichem Recht etwas andres.

Ist das eine Justiz?

Der Redakteur unseres Parteiblattes "Kühnheit", Lachaise, ist bekanntlich vom außerordentlichen Kriegsgericht in Essen zu einem Jahr Gefängnis verurteilt worden, weil er angeblich die Feder seines Blattes in zwei infirmierten Artikeln aufgeföhrt hat, die Waffen nicht abzuliefern und damit gegen eine Verordnung des Reichspräsidenten verstieß. Dieses Urteil ist, wie wir dem Kühnheit selbst entnehmen, folgendermaßen lautende gekommen:

Der Vertreter der Anklage fand in den Artikeln ausdrücklich war "eine direkte Anreizung", aber eine Bestärkung der Feder in ihrer schwankenden Weisheit und die Walfeder (1) einer anderen Auslegung als Lachaise es selbst gewollt hat. Mit Recht erwiderte auf diese sehr halbscherische Manipulation mit dem berückichtigten dolus eventualis, den das Gericht nun einmal unbedingt braucht, um zu einer Verurteilung zu gelangen, unser Genosse Lachaise, daß er, hätte er die Aufforderung zur Waffenabgabe erlassen wollen, es in nicht misperkändlicher Weise getan und auch die Verantwortung ohne Winkelzüge übernommen hätte. Er erklärte, schließlich die Gründe darzulegen zu haben, warum die Arbeiter die Waffen nicht abliefern. Dasselbe sollte sein Vertreter Dr. Levy aus, der außerdem erwähnte, daß sich Lachaise trotz des Abtraten mancher Parteifreunde dem Gericht gestellt habe, der weiter nichts Hinterhältiges und Zweideutiges in seinen Artikeln lagen, sondern nur einen beliebenden Zustand habe feststellen wollen.

Das Gericht nahm demnach die Aufforderung zur Nichtbefolgung behördlicher Anordnungen als gegeben an. Immerhin erkannte es auf die geringst zulässige Strafe, und zwar wie es in der Urteilsbegründung ausdrücklich heißt, unter Anerkennung der mannhaften Verteidigung des Genossen Lachaise.

2 Jahre Gefängnis für den Mörder Siller.

Berlin, 30. April. Vor dem Oberkriegsgericht wurde heute in der zweiten Instanz gegen den Oberleutnant Siller das Urteil gefällt, nachdem seit zwei Tagen eine nochmalige Beweisaufnahme, die viel neues, den Angeklagten belastendes Material zutage gefördert hatte, vorausgegangen war. Siller hatte bekanntlich während des Krieges den Soldaten Erbshafe an der Front tagelang bei großer Kälte in einem nassen Erdloch gelassen gehalten, ihm die Wundung entzogen und ihm auch sonst mißhandelt, so daß der Soldat an den Folgen der Mißhandlungen starb. Der Anklagevertreter, Kriegsgerichtsrat Meyer, wies in seinem Plädoyer darauf hin, daß eine so außerordentlich schwerwiegende und ungeracht Mißhandlung Untergebener vorläge, daß man diesen Mißbraucher der Vorgesetztenmacht exemplarisch bestrafen müsse. Das Urteil der Vorinstanz habe dem nicht entsprochen. Der Anklagevertreter beantragte eine Gesamtstrafe von 3 Jahren 6 Monaten Gefängnis und Dienstentlassung, sowie mit Rücksicht auf die hohe Strafe vorläufige Besk

Kämpfe. Das Gerücht über die Verhaftung von ...

Der rote Patron, der bekanntlich auch noch andere Untergetene ...

Die militärischen Ausschreitungen in Bitterfeld.

Die Schuld der Rosinen amüßig bestritt.

Magdeburg, 30. April. Ueber die Vorgänge in Bitterfeld meldet die Pressestelle des Oberpräsidenten und Regierungs-Kommissars ...

Diese amtliche Darstellung bekräftigt die Wichtigkeit der Schilderung, die wir seitherzeit über die Vorgänge gegeben haben. Es steht demnach fest, daß die Reichswehrsoldaten in unverantwortlicher Weise ...

Blutige Zusammenstöße in Oberschlesien.

In Oberschlesien ist es am Sonntag bei Demonstrationen, die aus Anlaß des polnischen Feiertags veranstaltet wurden, zu blutigen Zusammenstößen zwischen Deutschen und Polen gekommen.

Doppelst. 3. Mai. (L. U.) In Doppelst wurden die von den Polen aus der Umgebung herbeigeholten Truppen der polnischen Landwehr ...

Reaktionäre Wahlmache.

Die reaktionäre Presse ist um wichtiges Wahlmaterial verlegen, sonst würde sie nicht, wie auch jetzt wieder, den alten Kohl von der gewerkschaftlichen Nebenregierung aufwärmen.

Der neue Krieg im Osten.

Der polnischen Offensive gegen Rußland, über deren wesentliche Erfolge wir bereits berichtet, wird in der englischen Presse die größte Bedeutung beigegeben.

Eine Niederlage der Bolschewisten in der Krim?

Das Amsterdamer Allgemeine Handelsblatt meldet aus Konstantinopel, daß General Wrangel an der Krimfront den Bolschewisten nach schlagendem Gefecht eine schwere Niederlage beigebracht habe.

Der Jionsstaat von Englands Gnaden.

Wie die Nachrichten-Agenturen von Havas und Reuter mitteilen, hat der Oberste Rat in San Remo beschlossen, daß die Erklärung Balfours in seinem Brief an Lord Rothschild vom 2. November 1917, die Palästina als Nationalheim der Juden in Aussicht stellt, in dem Friedensvertrag mit der Türkei Anerkennung finden soll.

Die Regierung seiner Majestät begünstigt die Einrichtung eines Nationalheims für das jüdische Volk in Palästina und wird sich alle Mühe geben, um die Erreichung dieses Zieles zu erleichtern, mit dem klaren Vorbehalt, daß nichts getan werden soll, was die bürgerlichen und religiösen Rechte der bestehenden nicht-jüdischen Gemeinden in Palästina und die Rechte und die politische Stellung der Juden in andern Ländern beeinträchtigen könnte.

Der dadurch geschaffene Jionsstaat gerät damit unter englisches Protektorat und wird Vorparanbleise für den Imperialismus des Foreign Office leisten müssen. Eine ideale Lösung des Problems ist das nicht. Was immer zu befürchten war, ist eingetreten: Jion wird eine Filiale des Orientkapitalismus.

Es wird abzuwarten sein, welche Stellung die jionistisch gefärbte Judenheit zu dem Beschluß von San Remo einnehmen wird. Bisher liegt man in der Presse, in die jüdische Hebräer zu Worte zu kommen pflegen, auffälligerweise wenig kritisch dazu.

Deutschland.

Reichstagswahlen am 6. Juni.

Berlin, 30. April. Der Termin für die Reichstagswahlen ist nun amtlich festgesetzt worden. Der Reichspräsident hat durch Verordnung die Hauptwahlen zum Reichstag auf den 6. Juni anberaumt. Gleichzeitig hat er auf Grund der Ermächtigung des neuen Wahlgesetzes bestimmt, daß in ganz Ostpreußen, in ganz Oberschlesien und in ganz Schleswig-Holstein sowie in dem der Abkündigung unterliegenden Teile des Kreises Namslau die Wahlen aufgeschoben werden.

Drei Fragen an Deutschlands.

Paris, 1. Mai. Wie der Londoner Korrespondent des Temps mittelt, verleiht ihm eine Verlässlichkeit aus der unmittelbaren Umgebung Lord George, der deutsche Kanzler müsse in Spa folgende drei Fragen beantworten: 1. Warum hat Deutschland so oft die Verträge verletzt? 2. Wie will es dem in Zukunft vorgehen? 3. Welches sind die wirklichen Quellen, über die Deutschland verfügt, und welches sind seine Zahlungsmöglichkeiten?

Der Eindruck der englischen Regierung, der sich auf verschiedene Verträge, die sie aus Deutschland erhalten habe, stütze, sei, daß die Regierung von Berlin sich loyal bemühle, alles zu tun, was ihr möglich sei, um den Friedensvertrag auszuführen.

Bis wird ausgeliefert.

Wie bürgerliche Blätter melden, hat die Prager Regierung der Reichsregierung mitgeteilt, daß sie bis entsprechend den Bestimmungen des internationalen Rechts ausliefern werde.

Kleine Auslandsnachrichten.

Eine internationale Wirtschaftskommission.

fordeit der Vorstand der englischen Arbeiterpartei in einem Aufruf. Darin sollen die alliierten und die ehemals feindlichen Staaten vertreten sein. Es wird laut Kleume Courant vorgeschlagen, daß dieser Ausschuss dem Völkerbund unterstellt werde.

Verchiebung der internationalen Finanzkonferenz.

Paris, 1. Mai. Wie die Blätter mitteilen, wird die internationale Finanzkonferenz, die vom Völkerbund für Ende Mai nach Brüssel einberufen werden sollte, wegen der Zusammenkunft in Spa verschoben worden.

Koalitionsregierung in der Tschecho-Slowakei.

Der Landestag der tschecho-slowakischen sozialdemokratischen Partei hat mit 41 gegen 11 Stimmen beschlossen, in der Koalitionsregierung zu verharren. Die in der Minderheit gebliebene kommunistische Partei hatte verlangt, man solle an seiner Regierung mit bürgerlichen Parteien teilnehmen.

Wen Polen anerkennt.

Berlin, 29. April. Die hiesige ukrainische Gesandtschaft hat vom ukrainischen Außenminister eine amtliche Mitteilung vom 28. April erhalten, daß die polnische Regierung die Selbstständigkeit der ukrainischen Volksrepublik und die gegenwärtige ukrainische Regierung Petljura anerkannt hat.

Meuterei slowakischer Truppen.

Budapest, 1. Mai. Nach einer Meldung des Maties der kleinen Sandwitzer, Uj Baragda, wollte die rein slowakische Mannschaft der in Nagyberezna stehenden ehemaligen 68. gemeinsamen Infanterie-Regiments am 18. April über die Demarkationslinie nach Ungarn fliehen. Ihr Plan wurde jedoch verraten und ihre Kaserne von tschechischen Gendarmen und Legionären umzingelt.

Ansammlung von Sowjettruppen im Süden.

Im englischen Unterhause erklärte Cecil Harmsworth, daß Sowjettruppen in Südrussland und im Kaukasus konzentriert würden, doch sei nicht bekannt, ob sie beabsichtigten, Palästina oder Mesopotamien zu bedrohen. Es seien diplomatische Schritte ergriffen worden, um die Lage klarzustellen. Churats teilte mit, daß keine neuen Lieferungen von Munition oder Kriegsmaterial an die sowjetfeindlichen Streitkräfte des Generals Wrangel geschickt würden. Vorräte, die sich an Ort und Stelle befänden und die für General Denikin bestimmt waren, ständen zu seiner Verfügung, das Kriegsamt unterliege den General nicht mit Geld.

Neue Kämpfe in Sibirien.

Wladiwostok, 1. Mai. (Reuter.) Russischen Berichten zufolge unterließen die Japaner den Nachfolger Kalkschals in einem scharfen Kampfe gegen die Bolschewisten bei Tschita.

Hana, 30. April. In Washington hielt laut Kleume Courant eine amtliche japanische Meldung vor, wonach die japanische Nachrichtenabteilung in der Gegend von Nikolajew in Dschibrien östlich nebstingen, die japanischen Einwohner ermordet und alle Verbindungen abgebrochen sind.

Cinigung zwischen Rußland und Japan.

Paris, 1. Mai. Havas zufolge meldet das japanische Kriegsministerium, daß die japanisch-russischen Verhandlungen am 26. April zu Ende gingen. Rußland habe loszulegen alle von Japan gestellten Bedingungen angenommen.

Die Lage in Ostasien.

In seiner Rede im Unterhause führte Cecil Harmsworth weiter aus, Japan habe der Sowjetregierung in Ostasien den Krieg nicht erklärt. Soweit der britischen Regierung bekannt sei, beabsichtige Japan nicht, ein Protektorat oder ein Mandat in Ostasien einzurichten. Es existiere kein Abkommen zwischen Japan und den Alliierten über das japanische Vorgehen in diesen Gebieten.

Die Unruhen in Mexiko.

Havas meldet aus New York vom 29. April, nach einer Meldung aus El Paso hätten die loyalen Truppen die meuternden Truppen aus der Hauptstadt des Staates Chihuahua wieder verjagt. Man melde ferner aus Cuarez, daß die Truppen von Santa Cruz unter dem Befehl des Generals Alvaro Gonzales sich erhoben und der Stadt bemächtigt hätten. Nach Nachrichten aus El Paso hätten die Anhänger Carranzas Vorkehrungen getroffen, um eine Verbindung der Revolutionäre mit der Garnison von Cuarez zu verhindern.

Schwere Kämpfe zwischen türkischen Nationalisten und Regierungstruppen.

Amsterdam, 30. April. Wie der Telegramm aus Konstantinopel meldet, verloren die türkischen Nationalisten im Kampfe mit Regierungstruppen bei Duple-Adabazar 1500 Gefangene, darunter drei Parlamentsmitglieder, und vier Geschütze.

Abfertigung in England. Mit dem 30. April ist in England die Dauer der während des Krieges eingeführten Militärdienstpflicht abgelaufen. Seit dem Waffenstillstand hat England 1 000 000 Mann demobilisiert.

Sozialistenverfolgung in Frankreich. Wegen den Führer den radikalen Fraktion der Sozialisten, Lehrer Lortet, ist wegen einer Rede, die er auf dem sozialistischen Parteitag in Straßburg gehalten hat, ein Disziplinarverfahren eingeleitet worden.

Gewerkschaftsbewegung.

Der Streik im Leipziger Handelsgewerbe.

Die erste Versammlung der streikenden Handelsarbeiter Leipzigs im Volkshaus am 1. Mai gestaltete sich zu einer wichtigen Kundgebung. Mehr als 3000 Personen füllten den großen Saal und seine Nebenzimmer. Mit Begeisterung wurde die ausgegebene Kampfpolemik der Streikenden: „Kampf bis zum Siege!“ aufgenommen.

Es wird sich nun zeigen, ob die Herren Unternehmer gewillt sind, der Arbeiterschaft entgegenzukommen. An die Angestellten im Handelsgewerbe ergeht nochmals der Ruf, strenge Solidarität zu üben. Angebotene Streikarbeit ist zu verweigern.

Deutscher Transportarbeiterverband (Verwaltungsstelle Leipzig, Ortsgruppe Handelsarbeiter).

Der Jahrestag der freigeschäftlichen Gastwirtschaftlichen Verbände, der vom 27. bis 30. April in Leipzig tagte, schloß über die Frage des Lohnsystems: „Das Ziel ist die restlose Befreiung des Lohnsystems. An die Stelle der Trinkgeldentlohnung hat eine der geleisteten Arbeit entsprechende Gegenleistung des Unternehmers in Barlohn zu treten ... Es muß Sache der Unternehmer sein, wie alle anderen, so auch die Unkosten für Löhne in die Preise der Leistungen des Unternehmers an die Gäste einzukalkulieren.“

Aus der einstimmig angenommenen Resolution zum Punkt: „Kampf- und Lohngesetze“ seien folgende Sätze hergehoben: „Die freie Angestelltenlohn als Teil der Entlohnung ist im Gastwirtsgeerbe weder sozial noch wirtschaftlich eine Notwendigkeit. Sie hält den Angestellten in dauernder Abhängigkeit vom Betrieb und ist die Ursache vieler Streitigkeiten zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer; ihre Beseitigung liegt deshalb im Interesse beider Teile ... Soweit der bestehenden Wohnungsverhältnisse wegen freie Wohnung einmöglichen beibehalten werden muß, ist für eine weit stärkere Kontrolle sowohl durch den Arbeitgeber oder dessen Beauftragte, als auch durch die Betriebsräte und Vertreter der Gewerkepolizei zu sorgen.“

Von Nah und Fern.

Autounfall des Admirals Drini.

Berlin, 2. Mai. Das Automobil des Admirals Drini, des Vorsitzenden der Marine-Kontrollkommission, überfuhr sich infolge Achsenbruchs. Die Insassen wurden herausgeschleudert. Admiral Drini wurde ziemlich schwer, sein Adjutant leichter verletzt; seine Gattin blieb unverletzt, während seine Tochter leicht verletzt wurde.

Auf der Kadettenbahn verunglückt.

Berlin, 3. Mai. Bei dem gestrigen Motorradrennen kam der Dülledorfer Fahrer Birckhan durch eine auf der Ballustrade liegende Damenboje zu Fall; mehrere folgende Fahrer stürzten über ihn. Birckhan wurde getötet, die übrigen sowie ein älterer Mann und zwei Knaben wurden nur leichter verletzt.

Große Diebstähle.

Breslau, 1. Mai. Die Ueberwachungsabteilung bei der hiesigen Eisenbahndirektion ist in Neutritz bei Breslau Diebstählen größeren Umfangs auf die Spur gekommen. Es handelt sich um bandenmäßige Plünderungen der zwischen Neutritz und Neutritz fahrenden Züge. Bisher wurden zwei Eisenbahnbedienstete verhaftet. In den Plünderungen außerdem beteiligt und durch Heberelei mit schuldig sind ein Schrankenwärter und sechs Privatpersonen.

Wien, 2. Mai. Dem diplomatischen Kurier der ukrainischen diplomatischen Vertretung in Griechenland wurden in einem hiesigen Hotel mehrere Pakete mit Banknoten verschiedener Länder im Werte von mehreren Millionen Kronen entwendet.

Ein Dampfer verbrannt.

Bremen, 30. April. Der Dampfer Willi O'Brien, mit etwa 7000 Tonnen erkranklicher amerikanischer Gasthölle für Deutschland bestimmt, ist auf der Reise Hampton Roads nach Rotterdam in Brand geraten und gesunken. Die Ladung war Eigentum einer Kohlenimportfirma in Hannover und sollte einer Anzahl nord- und süddeutscher Werke zugeführt werden. Ueber das Schicksal der Mannschaft ist nichts bekannt.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Heinrich Dehner in Leipzig. Verantwortlich für den Anzeigenenteil: Friedrich Visk. 7, Nordost-Beizila. Druck und Verlag: Leipziger Buchdruckerei Aktien-Gesellschaft, Leipzig.

Viele Nummer nicht A. 2. 1. 1.

Leipziger Angelegenheiten.

Leipzig, 3. Mai.

Parteiangelegenheiten.

Oeffentliche Volksversammlungen.

Am 4. Mai spricht Genosse Seger im Volkshaus über die Kampfmittel des Proletariats.

Am gleichen Tage spricht Genosse Breitfeld-Berlin im Volkshaus über die Weltrevolution, Reaktion und Wahlen.

Die Genossen und Genossinnen werden auf diese wichtigen Versammlungen besonders aufmerksam gemacht.

Rednervereinigung.

Die nächste Zusammenkunft findet nicht Dienstag, sondern Donnerstag, abends 7 Uhr, im Volkshaus statt.

Offiziell: Dienstag, den 4. Mai, abends 7 Uhr, Vertrauensmännerversammlung bei Bonad, Neustadt, Reifner Straße 18.

Keinshofer: Einwohnerversammlung Dienstag, abends 8 Uhr, Terrasse.

Comeneth: Erste abend 8 Uhr Frauenabend in der Veteranenhalle.

Die Maifeier in Leipzig.

Ein prächtiger Matsch führte die Leipziger Arbeiterschaft in 27 Versammlungen am Sonntagvormittag zusammen. Da die Straßenbahnen mit der Arbeiterschaft am 1. Mai ein gutes Beispiel gaben und da auch die Schulen geschlossen waren und die sonstigen städtischen und staatlichen Betriebe den ersten Mai feierten, da außerdem die Arbeiterschaft in der Industrie fast allgemein war, so erstreckt der Tag schon rein äußerlich ein festliches Gepräge. Die Versammlungen waren gut besucht, manche waren überfüllt. In den Versammlungen herrschte eine frohe Feststimmung, ohne daß deshalb der Kampfcharakter der Maifeier beeinträchtigt worden wäre. Zu einer Bewusstmachung des Kampfcharakters lag ja auch kein Anlaß vor. Im Gegenteil! Diese Maifeier sah ja gerade die Zuspitzung der Klassengegenstände, die Verschärfung des proletarischen Kampfes in höchster Potenz. Denn nie waren bisher die Gegensätze zwischen der Arbeiterklasse und den Bestehenden so scharf hervorgetreten wie vor der diesjährigen Maifeier. Man kann sagen, die Maifeier stand direkt unter der Nachwirkung dieser scharfen Kämpfe. Da neben der innerpolitischen Lage auch die internationale Situation für das Proletariat die gleiche Kampfbereitschaft wie in früheren Zeiten der Maifeier erfordert, konnte der Kampfcharakter der diesjährigen Maifeier gar nicht vernachlässigt werden, trotzdem durch die in den städtischen und staatlichen Betrieben angeordnete Arbeitsruhe naturgemäß das trotzige Auftreten der Arbeiterklasse weniger scharf hervorhob.

Von den Rednern in den Versammlungen wurde denn auch allgemein auf die Bedeutung der Maifeier als Kampftag hingewiesen und mit Nachdruck betont, daß sich an diesem Tag das sozialistische Proletariat der ganzen Welt über die nationalen Grenzen, über Länder und Meere brüderlich die Hand reicht in dem gemeinsamen Streben nach dem gleichen Ziel.

Von einer Demonstration hatte die Partei diesmal der besonderen Verhältnisse wegen abgesehen. Daher gingen die Versammlungsteilnehmer nach Schluß der Versammlung in zwanglosen Gruppen auseinander. Ohne Zweifel bedeutet der Verzicht auf eine Demonstration ein Abweichen von einer schönen Gepflogenheit, was von vielen Genossen und Genossinnen als ein Mangel empfunden wurde, zumal ja der erste Mai von selbst die Erinnerungen an die wichtigen Maidemonstrationen vergangener Jahre brachte. Die besonderen Umstände, die zu dem Entschluß führten, keine Demonstration zu veranstalten, sind hinreichend bekannt. In schloßender Angst vor dem revolutionären Proletariat hatten die Militärs schon lange Zeit vor dem ersten Mai ihre Vorbereitungen getroffen. Wohl haben die militärischen Befehlshaber kurz vor dem ersten Mai erklärt, daß keinerlei Vorbereitungen getroffen wären, was aber auf solche Erklärungen zu geben ist, das hat ja die Leipziger Arbeiterschaft am 14. März erfahren. Damals hatten die militärischen Befehlshaber feierlich versichert, daß sie nichts gegen friedliche Demonstrationen unternehmen würden, dann aber wurden trotz dieser Versprechungen die friedlichen und unbedenklichen Demonstrationen wehrlos nieder-

gedrückt. Die Arbeiterschaft hatte damals das Gefühl, daß sie in eine Falle gelockt war und sie hatte nicht Lust, sich ein zweites Mal in der gleichen Weise einem Ueberfall durch die mordlustigen Beschützer der Geldsakinteressen auszuliefern. Die Arbeiter haben auch nicht nötig, daß sie sich wehrlos vor die Maschinengewehre ihrer Gegner stellen. Der Kapp-Putsch hat die Kampfbereitschaft des revolutionären Proletariats bewiesen, sein Ausgang hat auch gezeigt, daß die Arbeiterklasse zu siegen versteht. In dem Gefühl ihrer Unabwendbarkeit, in ihrem Kraft- und Siegesbewußtsein konnte die Arbeiterklasse unter den gegebenen Verhältnissen recht gut darauf verzichten, sich in militärische Auseinandersetzungen mit ihren Gegnern einzulassen, da das revolutionäre Proletariat seines Sieges sicher ist, kann es um so leichter darauf bedacht sein, zwecklose Opfer zu vermeiden. Der Verzicht auf eine Demonstration entsprach also rein taktischen Erwägungen. Dieser Verzicht war nicht das Zeichen eines Schwächegefühls der Arbeiter. Davon zeugt schon die Tatsache, daß die Klassengegenstände in das Stadium der Massenstreiks allergrößten Umfangs und der offenen Straßenkämpfe getreten sind. Das revolutionäre Proletariat weiß seine Klassenkämpfe zu führen. Es wird aber seinen Gegnern nicht den Gefallen tun, dann aufzumarschieren, wenn es den Gegnern nicht zünftig erscheint. Die Mordlustigen haben keine Arbeit gefunden. Auch das gut organisierte Heer der Provokateure und Kitzelrosen-Jungens, die sich nach den Erfahrungen vom 14. März in Arbeiterkleidung als Kadikallisten unter den Arbeitern geblieben, hat sein dunkles Treiben nicht ausüben können. Die Maifeier ist in Leipzig ohne Zwischenfall verlaufen. Wenn es aber notwendig wird — und das kann unter Umständen sehr bald eintreten — dann werden die Leipziger Arbeiter erneut beweisen, daß sie für ihre Sache zu kämpfen verstehen.

Für den Abend des 1. Mai waren in 24 Lokalen künstlerische Veranstaltungen angelegt, in denen Arbeiterlänger und Arbeitersportvereine, sowie namhafte Leipziger Künstler zur würdigen Ausgestaltung der Maifeier beitrugen. Diese Veranstaltungen waren dem kulturellen Charakter der Maifeier angepaßt, ihr Programm entsprach der Wichtigkeit, die Feiertage über den Rahmen einer Unterhaltung zu höherem künstlerischen Wert emporzuheben. Nach dem Programm waren die Festredner gehalten, in knappen Zügen den kulturellen Charakter der Maifeier hervorzuheben, nachdem in den Vormittagsversammlungen der Kampfcharakter der Maifeier im Vordergrund der Betrachtungen gestanden hatte. Die Abendveranstaltungen haben im allgemeinen den Erwartungen entsprochen, wenn auch diese oder jene Einzelheiten des Programms verschieden beurteilt worden sind. Alle Mitwirkenden bemühten sich, die ihnen gestellten Aufgaben zu erfüllen. Auch die Abendveranstaltungen waren gut besucht, zum Teil überfüllt. Sie waren ein willkommener Abschluß des Maifeiertages.

So hat auch dieser erste Mai mit dazu beigetragen, den Maiebedanken, den Glauben an den Völkerrückgang in den Massen zu vertiefen und die Herzen der sozialistischen Arbeiterschaft höher zu lassen in dem Bewußtsein, teilzuhaben an dem großen Befreiungswerke der Arbeiterklasse.

Die Kommunisten haben am Nachmittag des 1. Mai in der Festhalle in Südtürich eine besondere Versammlung abgehalten; der Saal war nicht gefüllt. Die Veranstaltung unterschied sich weder in der Anwesenheit noch sonst von den Versammlungen der U. S. P., so daß nicht einzusehen ist, warum die Kommunisten das Wort von Karl Marx: Proletariat aller Länder, vereinigt Euch! durch eine Absonderung vom revolutionären Proletariat Leipzigs betätigen mußten.

Die Rechtssozialisten hatten sich für ihre Maifeier im Sandfeld den Minister Schwarz als Redner kommen lassen. Auch sie feierten das Marx'sche Wort mit Worten, die ihre roten Klagen strafen. Denn in der Praxis der städtischen Regierung betätigten sie das Wort: Proletariat, vereinigt Euch mit Euren Klassenfeinden, dem Bürgertum. Lange wird aber auch diese Parole vor den Arbeitern nicht mehr bestehen.

Die bürgerliche Presse, allen voran die Leipziger Neuesten Nachrichten hat die Maifeier in geschäftiger Weise herabzusetzen. Darin kommt aber nur die Wut der Gegner über den Verlauf der Maifeier zum Ausdruck, müssen doch sogar die Nachrichten melden: „In den größeren Fabriken herrschte durchweg Arbeitsruhe.“ Wist sie klaffen!

Ein Gesandnis der Bäckereimung.

In ihrer letzten Versammlung hat die Leipziger Bäckereimung eine Entschliessung angenommen, in der gegen die von Straßbedürden wegen Bäckereimeister ausgesprochenen, ganz außerordentlich hohen

Geld- und Gefängnisstrafen wegen Ankauf von Mehl im Schleichhandel und Verwendung desselben in ihren Betrieben scharfster Einspruch erhoben wird. Das gesamte Bäckereihandwerk — weit davon entfernt, dem Bäder- und Bäckereihandwerk beizustehen — sei durch die wirtschaftliche Not und Einschränkung an der Grenze seines Existenzminimums angelangt. Der auf die Vorkriegszeit angewiesene, vertriebsmäßig weit unter dem Lohne eines Tagelöhners stehende Bäckereimeister leide die größte wirtschaftliche Not, und die Not des gesamten Volkes treibe den Bäcker auch dazu, den alles Leben zermalenden Hunger stillen zu helfen. Ein Blick in die Kolonial-, Grünwaren- und Feinkostgeschäfte lieiere den Beweis, daß dort gleichfalls der Zwangswirtschaft unterliegende Artikel öffentlich feilgehalten und demnach mit Duldung der Behörden abgesetzt würden. Sollte diese strafende Anwesenheit des Bäckereihandwerks nicht unterbleiben, so würden die Bäckereimeister daraus ihre Konsequenzen zu ziehen wissen.

Die Bäckereimung geht damit unumwunden ein, daß sie die Gehege von Bäckereibetrieben übertritten werden. Das erkenne sie auch jeder, der ihre Produkte in den Läden und Schaufenstern sieht. Die Herren sagen aber zu ihrer Entschuldigung, daß es die anderen Händler und Gewerbetreibenden auch so machen. Das stimmt, und es ist unerhört, daß einzelne Behörden diese Mißwirtschaft dulden. Leute aus Süddeutschland schlagen die Hände über dem Kopf zusammen, wenn sie sehen, wie hier der „freie Handel“ mit Mehl, Backwaren, Fleisch, Fett, Butter usw. ganz offen und ungehindert betrieben werden kann. Da müssen ja die amtlichen Nationen ständig schmälern und teurer werden. Es muß gegen alle Gesetzeverstoßender rücksichtslos vorgegangen werden. Die Bäckereimeister, die mit Konsequenzen drohen, sollten vorsichtig sein. Der Kleinbetrieb in ihrem Gewerbe steht sowieso auf dem Aussterbeort. Er ist längst veraltet und unwirtschaftlich, und wo noch nicht ausreichende Großbetriebe vorhanden sind, werden die Gemeinden gezwungen sein, Bäckerei-Großbetriebe zu erteilen. Leipzig hat bereits einen mühsam errichteten Konsumvereins-Großbetrieb — es hat Großbetriebe, die sich in kapitalistischen Händen befinden und die kommunalisiert werden können. Die Verfolgung der gesamten Leipziger Bevölkerung mit Brot aus modernen Großbetrieben ist also sehr bald möglich. Und wenn die Bäckereimeister durch ihr Verhalten diese Entwicklung zum Großbetrieb beschleunigen wollen, so haben wir nichts dagegen.

Eine verpuffte Stillschließungsaktion.

Die Ortsgruppe Leipzig des deutschen Bundes für Mutterkür, deren Vorsitzende Frau Wendelsjohn-Vartholdy ist, läuft schon seit längerer Zeit Sturm gegen das Bundesorgan „Die Neue Generation“, weil in dieser Zeitschrift allzu offen geschlechtliche Dinge erörtert würden. Der Ansturm richtet sich im besonderen gegen die Herausgeberin der Neuen Generation, Dr. Helene Stöcker. Die Leipziger Ortsgruppe beschloß sogar, das Bundesorgan nicht mehr zu beziehen. Darüber ist es auf der letzten Tagung des Bundes zu einer lebhaften Auseinandersetzung gekommen. Von den Vertretern der Leipziger Ortsgruppe wurde nach dem Bericht in der letzten Nummer der Neuen Generation gesagt: „Das Beitrittens solcher Dinge sei ekelhaft, Leipziger Publikum lehne das ab.“ Die Leipziger Stillschließungsaktion blieb aber mit dieser Auffassung allein, die Versammlung beschloß: „Der Bundesvorstand soll der Ortsgruppe Leipzig mitteilen, daß die Kündigung der Neuen Generation den Statuten und dem Geiste des Bundes widerspricht. Der Vorstand gibt Leipzig anheim, binnen zwei Monaten die Kündigung zurückzuziehen.“ Die Ortsgruppe Leipzig muß also zu Kreuze kriechen, oder sie wird aus dem Bunde ausgeschlossen. Bezeichnend ist, daß gegen die völlig einwandfreie Behandlung der sexuellen Probleme durch die Neue Generation gerade von Leipzig aus Sturm geblasen wird. Ob die Leipziger Stillschließungsaktion von dieser Wutlage genug haben?

Arbeiterbildungsinstitut. Der Kursus für die Gemeindeführer fällt am Dienstag, dem 4. Mai, wegen des Konzertes des Gewandhausorchesters aus.

Kurioses Graf. Heute, Montag, abends 8 Uhr, im Gartencafé des Volkshauses, Eingang Jäger-Straße 22, Portal rechts, lehrte Vortrag über: Das neue Europa.

Die Behörden als Preistreiber. Der Mat der Stadt Leipzig verkauft Erbsen zum Preise von 6.00 Mk. für das Pfund, in der gleichen Preislage werden auch von den Bezirksverbänden Erbsen als rationierte Lebensmittel ausgeteilt. Dabei sind im freien Handel das Pfund Erbsen für 5 Mk. und für 5.50 Mk. zu haben, ein Chemnitzer Händler bietet gelbe Erbsen sogar für 4.50 Mk. an. Außer den Erbsen sind auch die amtlich ausgeteilten Haserlkoden teurer als im freien Handel. Die Folge dieser hohen amtlichen Preise wird sein, daß die Händler die Preise erhöhen. Die Konsumenten erleben also wieder einmal die Verteuerung wichtiger Lebensmittel durch amtliche Preistreiber. Soll damit dem Kampf gegen die planmäßige Verteuerung von Lebensmitteln Vorschub geleistet werden? Dem Skandal muß sofort ein Ende gemacht werden.

78] Der Jahrmakr des Lebens.

Ein Roman ohne Gelben von William Makepeace Thackeray.

Sobald dies abgemacht war, hielten Georg, Joseph und Dobbin einen Kriegsrat bei ihren Zigarren und beschloßen, am nächsten Tage eine allgemeine Bewegung gegen London in Josephs offenem Wagen zu unternehmen. Joseph, gläubig ich, würde es vorgezogen haben, in Brighton zu bleiben, bis Nabson Crawley fort war; er wurde jedoch von Dobbin und Georg überstimmt, und verstand sich dazu, die Gesellschaft nach der Stadt zu bringen, zu welchem Zwecke er, wie es sich gehörte, bei der Post vier Pferde bestellte. Mit diesen fuhren sie am nächsten Tage nach dem Frühstück in großem Staate ab. Amalie war am Morgen sehr aufgekandert, und hatte ihre Koffer mit der größten Geschäftigkeit gepackt, während Osborne im Bett liegen blieb, und beklagte, daß sie kein Mädchen zu ihrer Unterstützung habe. Sie war jedoch nur zu froh, sich selbst diesen kleinen Dienst erweisen zu können. Ihr Geist hatte sich bereits mit einem unbestimmten, unruhigen Gefühl in Bezug auf Rebekka gefüllt, und obwohl sie einander beim Scheiden auf das zärtlichste küßten, so wollten wir doch, was Eifersucht ist, und diese bejaß Frau Amalie unter andern Tugenden ihres Geschlechts ebenfalls.

Außer diesen Charaktern, welche kommen und wieder gehen, müssen wir uns daran erinnern, daß wir in Brighton noch einige alte Freunde haben, nämlich Fräulein Crawley und ihr Gefolge. Nun wohnten zwar Rebekka und ihr Gatte nur ein paar Steinwerfe von der Tür der alten Dame, trotzdem blieb ihnen diese aber ebenso unbarmherzig verschlossen, wie bisher in London. Solange Frau Bute Crawley an der Seite ihrer geliebten Schwägerin blieb, sorgte sie, daß ihre geliebte Mathilde nicht durch eine Zusammenkunft mit ihrem Neffen aufgeregt wurde. Wenn die alte Jungfer ihre Spazierfahrt machte, ließ die treue Frau Bute neben ihr im Wagen. Wenn Fräulein Crawley die frische Luft in einem Koffert genoss, so marschierte Frau Bute auf der einen Seite des Schwärmers, während die treue Briggs die andre einnahm. Wenn sie zufällig mit Nabson und seiner Frau zusammentrafen, so ging die Crawleysche Gesellschaft, obgleich der erste auf das Demütigste den Hut zog, mit so kalter, üblicher Gleichgültigkeit an ihm vorüber, daß Nabson zu verzweifeln begann.

Wir können edelgütig in London sein, als hier,“ sagte Kapitän Nabson mit verzweifeln Blicken

„Ein bequemes Hotel in Brighton ist besser, als ein Schuldgefängnis in London,“ erwiderte seine Frau, die mehr Munterkeit bejaß. „Denke an jene beiden Adjutanten des Herrn Moses, des Vertriebsvollziehers, die ihre Wohnung die ganze Woche hindurch besetzt haben. Unser Freunde hier sind sehr einjährig, aber Herr Joseph und Kapitän Napido sind bessere Gefährten, als die Leute des Herrn Moses, mein lieber Nabson.“

„Es wundern mich nur, daß die Verhaftungsbefehle mir nicht hierher nachgeschickt sind,“ fuhr Nabson nach immer niedergeschlagen fort.

„Sobald dies geschieht, werden wir auch schon Mittel finden, ihnen zu entgehen,“ erwiderte die unergründliche kleine Rebekka, und wies ihren Gatten weiter auf die große Bequemlichkeit und den Vorteil hin, mit Joseph und Osborne zusammenzukommen, deren Bekanntschaft ihrem Gatten einen höchst willkommenen kleinen Zuwachs an barem Gelde gebracht hatte.

„Es wird genug sein, um die Witwenauszahlung zu bezahlen,“ brummte der Selbgarbist.

„Warum sollen wir sie bezahlen?“ entgegnete die Dame, die auf alles eine Antwort hatte.

Durch Nabsons Kammerdiener, der eine Bekanntschaft mit den männlichen Diensthofen des Fräuleins Crawley unterhielt, und der den Auftrag hatte, den Kutscher zu bewachen, so oft sie zusammen kamen, waren Fräulein Crawleys Bewegungen dem jungen Paare stets hinreichend bekannt, und Rebekka hatte allmählich daran gedacht, unwohl zu werden, und den Arzt des Fräuleins Crawley herbeizurufen, so daß sie im ganzen ein ziemlich vollständiges Netz um die alte Dame gewirren hatten. Und Fräulein Briggs, die durch die Gewalt der Umstände gezwungen war, eine feindliche Stellung gegen Nabson und seine Frau einzunehmen, war in geheimem Nabson und seiner Frau nicht abgeneigt. Sie war von Natur von freundschaftlichem, verständlichem Charakter. Jeht wo der Grund ihrer Eifersucht entfernt war, verschwand auch ihr Widerwille gegen Rebekka, und sie erinnerte sich an die guten Worte und die stets gute Laune derselben. Uebrigens sprach sie sowohl wie Frau Fitzin, die Kammerfrau, und in der Tat der ganze Haushalt insgesam unter der Zuvorwart der triumphierenden Frau Bute.

Wie es oft der Fall zu sein pflegt, hatte diese gute, aber herrschsüchtige Frau ihre Vorteile zu weit und unbarmherzig verfolgt. Am Laufe weniger Wochen hatte sie die Invaliden zu einem solchen Zustande hilfloser Geschicklichkeit herabgebracht, daß die arme Seele aus-

lich unter den Befehlen ihrer Schwägerin hand und nicht einmal wachte, sich über ihre Sklaverei gegen die Briggs oder Fitzin zu beklagen. Frau Bute maß die Gläser Wein, welche Fräulein Crawley täglich trinken durfte, mit unwiderstehlicher Genauigkeit aus. Zum großen Ärger der Fitzin und des Kellermeisters, die sich dadurch selbst der Herrschaft über die Weinsflaschen beraubt sahen. Sie teilte ihre Konfitüren, Gelees, Süßner usw. nach Quantität und Reihenfolge aus. In jedem Abend und Morgen brachte sie von dem Arzte verordnete abscheuliche Getränke, die ihre Patientin mit so rührendem Gehorsam einnahm, daß sie Fitzin sagte, ihre arme Herrschaft nähme die Medizin ein wie ein Kindchen. Sie schrieb vor, wenn eine Nacht im Wagen oder ein Spaziergang mit dem Volkstisch stattzufinden hätte — kurz sie drückte sie im Hause ihrer Genehung so nieder, wie es nur ein mütterliches moralisches Frauenzimmer vermag. Wenn jemals die Patientin einen schwachen Widerstand leistete, und ein wenig mehr zu essen, und etwas weniger Medizin zu trinken wünschte, wurde sie von ihrer Pflegerin mit augenblicklichem Tode bedroht, worauf sie sogleich nachgab. „Sie hat allen Mut verloren,“ bemerkte die Fitzin gegen die Briggs, „daß mich seit drei Wochen nicht mehr Närrin geheißen.“ Schließlich hatte Frau Bute beschloßen, die vorerwähnte eheliche Kammerfrau, Herrn Bowles, den Kellermeister und die Briggs selbst fortzuschicken, worauf sie ihre Tochter aus dem Pfarrhause herbeizuführen und später die liebe Patientin selbst nach Ducess Crawley bringen wollte, als sich ein trauriger Unfall ereignete, welcher sie von ihren unangenehmen Pflichten abrief. Ihr Gatte, der chroische Bute Crawley, war eines Abends beim Gelmweilen mit dem Pferde gekürzt und hatte sein Schloßfeldeln gebrochen. Es hatten sich Fieber und entzündliche Symptome gezeigt, und Frau Bute sah gezwungen gesehen, nach Dampfzire abanzufahren. Sie verstarb, sobald Herr Bute herbeigekelt sei, an ihrer letzten Freundin zurückzuführen; reiste mit den gemessensten Vorschriften für die Dienerschaft in betref ihres Nachmens gegen ihre Herrin ab, und sobald sie den Fuß in den Postwagen gesetzt hatte, erlosch sich in Fräulein Crawleys Hause ein solches Publikum, wie es alle darin befindlichen Personen seit vielen Wochen nicht gesehen hatten. An demselben Tage unterließ Fräulein Crawley, ihre Nachmittagsbesuche zu nehmen; an demselben Nachmittage öffnete Bowles eine neue Flasche Sherry für sich und Frau Fitzin; an diesem Abend erquideten sich Fräulein Crawley und Fräulein Briggs an einer Partie Piquet hat an dem Freitagmorgen. Es war wie in dem alten Ammenliede,

Wie gegen die Leipziger Arbeiterkassen gestrichelt wurde. Am Sonnabendvormittag wurden auf der Drebbner Bahn, Elbunionsleitung, drei bis vier schwere Rissen ausgeladen, die Munition für Maschinengewehre enthielten. Die Mannschaften waren in Zivil (11) und sie waren empört, daß sich in ihrer Nähe noch andre Leute aufhielten. Die Vorbereitungen für ein neues Blutbad waren also getroffen. Wiederum wollte man die Maschinen- gewehre gegen die Arbeiter in Bewegung setzen. Der Militarismus bleibt, solange er in der heutigen Form besteht, gemeingefährlich. Seine Beseitigung muß daher vom Proletariat unter allen Umständen erstrebt werden.

Eine öffentliche Sitzung der Stadivereinordneten findet am Mittwoch, dem 5. Mai, abends 5 Uhr, statt. Das Kollegium wird u. a. beraten über Resolutionsangelegenheiten. Über Genehmigung weiterer Beiträge an die Handelskammer für Zwecke der Deutschen Handelslehranstalt, über Eingaben wegen des Schmelzdes der Deutschen Handelslehranstalt, Verbilligung der privaten Handelsschulen usw., über die Bewilligung von Berechnungsgebühren zur Durchführung der Betriebsverträge und der Ausgaben der Betriebsräte, über den Antrag des Stadts. Jeremias und Genossen wegen Gewährung von Darlehen an Einwohner, die durch die Beschließung während der Kampftage geschädigt sind, über Eingaben wegen der Tumultschäden usw., über die Bemessung der städtischen Baukostenzuschüsse für Wohnhausneubauten.

Die Straßenbahn ohne Nummern. Die Aufsichtsbehörden haben ihr Einverständnis dazu erklärt, daß vom 1. Mai d. J. an die Nummern in Wegfall kommen. Unter der Bedingung, daß die Wagenführer und Schaffner eine Dienstnummer in Form einer Blechmarke bei sich führen, die sie auf Verlangen vorzuzeigen haben.

Nächste Elternabende. 8. Volksschule, S. O. B. Montag, 3. Mai, abends 7 1/2 Uhr in der Knabenkantine. 1. Vorbereitung zur Elternratswahl; 2. das neue Leipziger Schulwesen; 3. Ueber Schulpflichten. — 10. Volksschule, S. O. B. Montag, 3. Mai, abends 7 1/2 Uhr, im Schulsaal: Aufstellung der Kandidaten für den Elternrat. — 20. Volksschule, S. O. B. Sonntag, 6. Mai, abends 7 1/2 Uhr, im Schulsaal: 1. Ueber Elternratswahl (Hr. Frommelt); 2. Neuwahl des Elternrats. — 24. Volksschule, S. O. B. Mittwoch, 5. Mai, abends 7 Uhr, im Schulsaal: 1. Schule und Elternhaus (Lehrer Witz); 2. Vorbereitung der Wahlen zum Elternrat. — 25. Volksschule, S. O. B. Freitag, 7. Mai, abends 8 Uhr, im Schulsaal: 1. Ueber Berufswahl (Lehrer Rant); 2. Ueber Elternrat vom Beschlußfassung über die Wahl eines Elternrats. — 30. Volksschule, S. O. B. Mittwoch, 5. Mai, abends 7 1/2 Uhr, im Schulsaal: 1. Aufgaben des Elternrats (Lehrer Neumann); 2. Vorbereitung der Elternratswahl. — 30. Volksschule, S. O. B. Dienstag, 4. Mai, abends 7 Uhr, im Schulsaal: 1. Wahlvorsätze zur Elternratswahl (Lehrer Weinrich); 2. Wahlvorsätze und Wahl eines Wahlvorstandes.

Elternratswahlen in Schnefeld. Elternratswahlen finden statt am Dienstag, dem 4. Mai, abends von 7 bis 8 Uhr, für die 22. Volksschule (Schule in der Seitzner Straße) und am Mittwoch, dem 5. Mai, abends von 6 bis 9 Uhr für die 21. Volksschule (Süd- und Altauer Straße). Beide Wahlen finden in der Turnhalle der 21. Volksschule statt. Da verschiedene Listen aufgestellt sind, ist es dringende Pflicht aller Arbeiterkassen, sich an den Wahlen zu beteiligen und für die Liste der unabhängigen Sozialdemokratie zu stimmen. Stimmzettel sind am Wahlort zu haben.

Wurst aus Auslandsinnereien. Das Gewerbeamt teilt uns mit: „Nach den Bestimmungen der Reichsfleischverordnung in der Fassung vom 31. Dezember 1919 — RGBl. 1920, S. 5 — sind sowohl die Eingeweide des Schlachttieres (§ 1 Satz 1 Ziffer 1) als auch Wurst aller Art (§ 1 Ziffer 4) als Fleisch und Fleischwaren im Sinne der Fleischverordnung anzusehen. Sie unterliegen deshalb sowohl dem Warenzoll als auch den Höchstpreisbestimmungen und den sonstigen Vorschriften der Verbrauchsregelung. Dabei macht es keinen Unterschied, ob es sich um inländische Ware oder angeblich aus dem Auslande stammende handelt. Die Herstellung von Wurstwaren aus ausländischen Innereien sowie der Handel mit solchen Innereien ist deshalb unzulässig und strafbar.“

Wie kommt es aber, daß der Rat in Leipzig den Verkauf von „marxistischer“ Wurst in diesen Geschäften duldet? Warum wird nicht eingeschritten?

Mindestpreise für Getränke hat der Verein der Saal- und Konzertlokalanhaber Leipzigs festgesetzt. Sie betragen für Lagerbier, Seiter, Limonade und Bohnenkaffee 1.50 Mk. und für Beirischbier 1.75 Mk.

Schüsse aus den Wäldern. Das Polizeiamt schreibt uns: „In der 1. Hellige Ihrer Zeitung vom 31. März d. J. gaben Sie unter der Ueberschrift „Noch einmal derwärtige Wälder“ den Bericht „eines Augenzeugen“ wieder, der u. a. beobachtet haben wollte, daß am Dienstag, den (richtig) 17. März, 10. März d. J. nachmittags aus der Wälder Schützen, Herdman-Rohde-Straße 1, eine Anzahl Schüsse abgegeben worden seien. Nachdem Sie dem Polizeiamt auf sein Ersuchen den Namen des fraglichen Jägers angegeben hätten, ist die Sache durch die Kriminalpolizei eingehend untersucht worden. Bei der vor dem genannten Grundstücke abgehaltenen Kundschauf-

erwähnte, zu der auch die beiden in Ihrem Artikel genannten Schützen zugezogen worden waren, hat der Jäger dann selbst erklärt, er könne seine frühere Behauptung nicht aufrechterhalten und müsse nach dem Bräutigams Besuche anerkennen, daß die Schüsse aus dem Johannspark gekommen seien, wo, wie erinnerlich, zur fraglichen Zeit ein heftiger Kampf um die Thomasschule tobte.“

Die Preise für Landbezugsbriefe. Die Ortsstellenstelle schreibt uns: In Nr. 67 Ihrer Ausgabe vom 24. d. M. befindet sich ein Artikel, überschrieben „Wucher mit Kasse“. Wir bemerken dazu, daß der Verkauf der Rohlehandelsfirma Spillner von je 3 Renten Briefe an Haushaltungen zum Landbezugspreise durchaus in Ordnung geht. Wir nehmen Bezug auf die Mitte dieses Monats von uns an die hiesigen Tageszeitungen gegebene Notiz, die auch von Ihrem Blatt in Nr. 63 vom 20. April d. J. abgedruckt worden ist. Die Preise für diese Landbezugsbriefe bewegen sich zwischen 23 und 28 Mk. für den Renten, je nachdem das Besondere näher oder weiter entfernt liegt. Sie richten sich auch danach, ob die Briefe mit Gehalt oder mit Kraftwagen herbeigeholt worden sind.

Dieses Landbezugsverfahren ist erstens eine Veräußerung der Wohlhabenden und zweitens fällt es die Taschen der Arbeiterbesitzer und Händler. Diese Preise sind für weite Schichten unerschwinglich.

Das neue Leipziger Wehrtuch. Statt der bisherigen zwei dicken Bände — Firmen- und Warenverzeichnis — werden zur nächsten Herbstmesse (29. August bis 4. September) vier nach Industriezweigen geordnete Einzelverzeichnisse erscheinen. Unverändert bleibt das Wehrtuch zur Technischen Messe (25.—21. August).

Am den 17. hiesigen Spielplanen belief sich in der Woche vom 10. bis 24. April die Speisenaufgabe auf rund 60 000 Maßzeiten gegenüber rund 61 500 in der Woche zuvor.

Polizeinachrichten.

Wohnungsdiebstahl während der Trauung! Während sich eine Hochzeitsgesellschaft zur Trauung eines jungen Paares in der Kirche befand, sind aus der Wohnung eine Anzahl Schmuckstücke, Silberne und goldene Uhren sowie 2000 Mk. u. a. gestohlen worden. Die gestohlenen Gegenstände findet man in der in dieser Nummer enthaltenen amtlichen Bekanntmachung.

Kriminalfall am Hauptbahnhof! Jünger gesucht! Am 17. April, nachmittags, ist am Ausgang der Nikolaistraße, gegenüber der Hauptbahnhofhalle, ein 37jähriger Buchhalter beim Ueberschreiten der Fußstraße durch einen aus der Blücherstraße kommenden Personentransportwagen überfahren worden und an den hierbei erlittenen schweren Verletzungen andern Tags im Krankenhaus St. Georg gestorben. Zur Aufklärung dieses Anfalles ist es sehr erwünscht, weitere Zeugen zu ermitteln. Es werden deshalb Zeugen, die sachdienliche Beobachtungen gemacht haben, gebeten, ihre Anschriften schriftlich der Kriminalabteilung oder der nächsten Polizeiwache mitzuteilen.

Kraublerfall am Palmengarten! Am 20. April, abends in der 12. Stunde, ist einem jungen Mädchen, das am Arme eines Herrn am Palmengarten vorüber noch Plagwitz u. durch die Karl-Heine-Straße ging, von einem Unbekannten ihre fast neue, braunleberne Handtasche vom Arme gerissen worden und der Täter damit in den angrenzenden Anlagen des Albertparkes in der Dunkelheit verschwunden. Seine Verfolgung war vergeblich. Eine Beschreibung des Kraublers kann nicht gegeben werden: die Beauftragte hat in der Finsternis nur erkannt, daß er eine feldgraue Uniform mit Schilbmütze trug. Die Handtasche enthielt ein braunlebernes Damengeldbäckchen mit vernickeltem Schieberverschluss mit etwa 18 Mark, ein weißes Taschentuch mit roter Kante, einen Granatstein, eine verfallene Straßenbahnmonatstasche auf den Namen Gertrud Diekmann und einen Handschuh und 2 Goldschmuckstücke. Sachdienliche Mitteilungen, die zur Ermittlung des Kraublers führen können, erbittet schnellstens die Kriminalpolizei.

Bermüht wird seit dem 20. April das 23jährige Hausmädchen Helmi Dimmelmann. Die Bermühte ist von Gestalt untermittel, kräftig, dunkelblond und hat graue Augen. Bekleidet war sie am Tage ihres Verschwindens mit schwarzem Jackett, weißer Bluse, blauem Rock und schwarzem Sporthut mit rotem Bande. Aus gekränktem Ohrgehör hat sie ihre Wohnung in S. Volkmarstraße, Elisenstraße 116, verlassen, angeblich in der Absicht, sich das Baden zu nehmen. Bei ihrem Betreten sollte man sie einem Aufsuchtsbeamten übergeben.

Lebensmittellisten für Dienstag, den 4. Mai.

Für Haushaltungen. Anmeldung: Geschäfte halbes Erbsen: Letzter Tag — abzugeben 9 E und K der Lebensmittelliste Reihe N (125 g); Zuckelebensmittelliste 16 für Kriegsgefangene (250 g); Fleischmarken- fixieren C 1—5 (100 g). Kindergerstenmehl: Letzter Tag — abzugeben 8 K der Lebensmittelliste Reihe N (500 g); 8 1 W, 8 2 W, 8 3 W der neuen Lebensmittellisten für Kinder bis zu 2 Jahren S 1, S 2, S 3, C 1 (500 g). Wilmstraße: Letzter Tag — abzugeben 18 E und K der Lebensmittelliste Reihe N (125 g).

Briggs konnte bei diesem Anrufe nur ihre Augen an Dimmelmann heben, und einen sympathischen Senker ausstoßen und bedenken, daß auch sie vor Jahren schon ihr Herz weggegeben habe, und gestehen, daß Rebekka keine sehr große Verdachterin sei.

„Kann ich je diejenige vergessen, welche die fremdböse Waise so beschützt und unterstützt hat? Nein; obwohl sie mich verstoßen hat, werde ich nie aufhören, sie zu lieben, und würde ihrem Dünkel mein Leben weihen. Als meine Wohlthäterin, als die angebetete Verwandte meines selbsten Randon liebe und bewunderte ich Fräulein Crawley mehr als irgend eine Frau der Welt, und nächst ihr alle diejenigen, welche ihr treu sind. Ich würde nie Fräulein Crawleys treue Freundschaft so behandelt haben, wie die abscheuliche, räuberische Frau Bute. Randon, der ganz Herz war,“ fuhr Rebekka fort, „obwohl sein Kehrere nach und sorglos erscheinen mochte, hat hundertmal mit Tränen in den Augen gesagt, daß er den Himmel dafür segne, daß er seiner teuersten Zante zwei so bewundernswürdige Pflegetochtern, als ihre anhängliche Stütze und ihr bewundernswürdiges Fräulein Briggs anvertraut habe.“ Sollten die Nachkommen der entschiedenen Frau Bute sich, wie sie nur zu sehr zu beklagen Grund hatte, damit endigen, alle, die Fräulein Crawley liebten, von ihrer Seite zu verbannen und die arme Dame zum Opfer der Dämonen im Pfarrhause zu machen, so hat Rebekka sie (Fräulein Briggs), daran zu denken, daß ihr Haus, so beschieden es sei, ihr Heil offen stehe. „Leure Freundin“, rief sie in enthusiastischem Entzücken, „es aldt Herzen, die nie einen Grund vergessen; nicht alle Frauen sind Bute-Crawleys! Aber warum sollte ich mich über sie beklagen!“ sagte Rebekka hinzu. „Verdanke ich ihr nicht meinen teuersten Randon, obgleich ich das Verzeihen und das Opfer ihrer Hände geworden bin?“ Und Rebekka antwortete der Briggs das ganze Benehmen der Frau Bute in Queens-Crawley, welches, obgleich ihr damals unverstänlich, jetzt durch die Ereignisse — nachdem die Liebe, welche Frau Bute durch tausend Küsse ermutigt hatte — jetzt wo zwei unschuldige Menschen in die Welt hineingekommen, welche sie ihnen gesat hatte, und durch ihre Liebe zur Liebe, Gelirt und zum Ruin gebracht worden waren, klar genug darstellte.

(Fortsetzung folgt.)

Kleine Chronik.

Volkshöhne. (Der G'wissen wurm.) Ein paar andre Besetzungen. Johann Badmann als Rool und Kurt Müller als Fuhrmann waren schlicht und recht. Die Portierin des Margarete Schmid besitzt eine Anzahl von großer Innerlichkeit, ohne daß dabei der Haß zu kurz käme, Das Tempo war erfreulich ge-

steigert. Aber Neubauer's Dusterer schadet immer noch sich selber durch Breite und Häufung von Mitteln. Es sollte ihm doch zu denken geben, daß infolge dessen z. B. die Schlusspunkte des zweiten Aktes vom Schafspelz vollständig wirkungslos bleibt. R. F.

Operettenkaiser. (Die Silobaronen.) Warum lehnen wir die Operette, wenigstens die sogenannten „moderne“ Operette, ab? Einmal, weil das Gebiet, dem sie mit stumpfsinniger Regelmäßigkeit ihre amüsanten Stoffe entnimmt, ein dem Proletariat innerlich ganz fremdes und uninteressantes ist. Dem Bourgeois steht noch aus jener Zeit, da er der unterdrückte, der verdächtige „dritte Stand“ war, ein aus Stolz Ansehlichkeit in den Knochen, die er nie überwindet. Die Adelsskizze, die Welt der Fürsten und Fürstentumskinder, der Grafen und Baronessen hat für ihn noch immer einen Sittencharakter, zu dem er bewunderungsgeladener ausblickt. Der politisch reife Proletarier aber hat für diese historisch gewordenen Parastücken gar kein Interesse mehr übrig, sein Blick hängt nicht an verstaubten „Idealen“ aus der geschichtlichen Kumpfkammer, er geht in die Zukunft. — Dann aber das rein künstlerische! Diese ausgelebte Kunst, diese mißhandelte Sprache, das sind alles Schalen ohne Kern, Schablonen, ausgepöpelte Käse, in denen weder Herz noch Kopf, kurzum kein Mensch steckt. Am 1. Mai, dem Weltkrieger der Arbeit, hoste die Leipziger Bourgeoisie nichts würdevolleres zu bieten, als ein neues Nachwerk dieser Kultur. „Die Silobaronen“ von Grünbaum und Jarno haut in dieselbe Kerbe, wie all das andre Zeug. Die Schablonen in das Passiv der Beweilt ist ein wenig Stallbau (Stillos = Pferdehock) gemischt, dazu eine Reihe musikalischer „Schlager“ mit Pöhlern, und fertig ist die Laube. Bei der Aufführung war man schifflich bemüht, etwas Tempo und Kolort zu geben, darunter litt aber, auch infolge des stimmlichen Unvermögens der hiesigen Kräfte, die Deutlichkeit der Aussprache außerordentlich. — Das Leipziger Proletariat darf jedenfalls mit größerer Gemüthsruhe auf seine würdigen, künstlerischen Mitarbeiter blicken, als die Leipziger Bourgeoisie auf ihren unwürdigen Operettenkaiser. Ly.

Veranstaltungen der Sozialistischen Proletariatsjugend Groß-Leipzig.

Allgemeines Proletariatsjugend Nr. 8/9 ist erschienen. Bitte abholen. — Alt-Leipzig, Mittwoch, 1/2 8 Uhr: Spielabend im Heim; Freitag, abends 1/2 8 Uhr: Beginn des Kurus Herre über Die Entwicklungsgeschichte der Menschheit. Brudervereine sind herzlich willkommen. — Vöhlitz-Grabenberg, Mittwoch, Sonntag, — L. Sonnenw. Donnerstag, Sonntag: Was will die S. P. J. — L. Eutritzsch, Mittwochabend: Bezirkszusammenkunft des Nordbezirks in der Kolonnade des Gosenhofs in Eutritzsch. — L. Großschöcher, Mittwoch, 1/2 8 Uhr: Handarbeitsabend für Genossinnen; Donnerstag: Generalversammlung, wichtige Tagesordnung, erscheinen aller ist Pflicht. — L. Kleinöschcher, Mittwoch: Mitgliederversammlung, Beginn 1/2 8 Uhr; Freitag: Spielen auf der Nonnenwiese, Treffen 7 Uhr im Heim. — L. Geyßh. Dienstag: Spielen im Freien; Donnerstag: Diskussion. — L. Moskau, Mittwoch: Gemeinsamer Besuch der Nordbezirksversammlung, Treffen 7 Uhr im Heim; Dienstag und Freitag, 1/2 8 Uhr: Theaterprobe. — L. Mödern, Mittwoch: Treffen am Heim zur Bezirksversammlung nach Eutritzsch. — L. O. L. Mittwoch: Diskussionsabend. — D. D. Mittwoch, abends 1/2 8 Uhr: Bezirksleiterwahl. — Schleißh. Mittwoch: Diskussionsabend. — L. Schnefeld, Donnerstag: Diskussionsabend. — L. Stütz, Donnerstag: Vesperabend. — Waghau-Gildengossa, Mittwoch, 1/2 8 Uhr: Vortrag über Die Herstellung des Papiers. Referent: Genosse Bauer.

Sächliche Angelegenheiten.

Der Plan eines Groß-Dresden dürfte in absehbarer Zeit zur Tatfache werden. In der Einverleibungsfrage ist nämlich, wie Oberbürgermeister Blicher in der am Montag im Neuen Rathaus abgehaltenen Pressebesprechung mitteilte, durch eine solchen organische Verbindung des Ministeriums des Innern eine Wendung eingetreten, die den Widerstand der bisher bodenigen Gemeinden Blaswitz, Polchow und Weiser Hirsch drücken wird. In der Verbindung heißt es:

Die Besprechung vom 9. Februar mit Vertretern des Ministeriums, der Kreisbauernschaft, der Amtshauptmannschaft Dresden-Altstadt und Dresden-Neustadt und der Stadt Dresden über die Einverleibungswünsche der letzteren hat auch nicht ergeben, was das Ministerium des Innern veranlassen könnte, seinen Standpunkt zu ändern. Bei aller Rücksichtnahme auf das Selbstbestimmungsrecht der einzelnen Gemeinden wird das Ministerium übrigens nicht davor zurückstehen können, Maßnahmen im Sinne von § 7 der Landgemeindeordnung zu ergreifen, wenn es gilt, allgemeine soziale Forderungen zu erfüllen. Es hofft aber, daß dies nicht nötig werden wird, daß vielmehr sowohl die wirtschaftlich bevorzugten Vorkommensgemeinden im Osten von Dresden, als auch die Stadt selbst im Verhältnis zu den nachbleibenden Gemeinden an ihrer Selbst- und Bestrengung sich jenen Forderungen nicht dauernd verschließen werden, wenn nur erst Gelegenheit zu Versöhnungsverhandlungen gegeben sein wird. Die Kreisbauernschaft wird deshalb ersucht, den Amtshauptmannschaften nochmals die Einleitung solcher Verhandlungen anzulegen, nachdem festgestellt sein wird, welche Vorkommensgemeinden den Wunsch haben, in die Stadt aufzugehen. Es wird sich empfehlen, die Verhandlungen zwischen Dresden und jeder einzelnen Vorkommensgemeinde getrennt vorzunehmen. Gleichzeitig möchten sich zur Vermeidung von Verzögerungen die beiden Bezirksverbände darüber schlüssig machen, welche Bedingungen sie bezüglich der Bezirksbaueinverleibung stellen wollen. Dabei kann vielleicht auf die im vorliegenden Abfrage der Verordnung vom 31. Dezember 1913 genutzte Formel zurückgegriffen werden, wenn die Klärung der künftigen Wirtschaftslage der Bezirksverbände sich noch hinausziehen sollte.

Diese Stellungnahme ist nur zu begrüßen, da sie der Entwicklung der Gemeindeverhältnisse entspricht. Zu bemerken ist aber, daß dem nach wirtschaftlichen Erwägungen gebotenen Zusammenschluß von Gemeinden nicht nur die eigenmächtige Interessenpolitik einiger Gemeindeglieder, sondern sehr häufig auch die Haltung reaktionärer Ortsamtsleiter hindernd im Wege steht. Gerade in der Frage der Bezirksbaueinverleibung haben die Verwaltungsbehörden oft eine sich allen neuartlichen Anforderungen verschließende Haltung einge-

steigert. Aber Neubauer's Dusterer schadet immer noch sich selber durch Breite und Häufung von Mitteln. Es sollte ihm doch zu denken geben, daß infolge dessen z. B. die Schlusspunkte des zweiten Aktes vom Schafspelz vollständig wirkungslos bleibt. R. F.

Operettenkaiser. (Die Silobaronen.) Warum lehnen wir die Operette, wenigstens die sogenannten „moderne“ Operette, ab? Einmal, weil das Gebiet, dem sie mit stumpfsinniger Regelmäßigkeit ihre amüsanten Stoffe entnimmt, ein dem Proletariat innerlich ganz fremdes und uninteressantes ist. Dem Bourgeois steht noch aus jener Zeit, da er der unterdrückte, der verdächtige „dritte Stand“ war, ein aus Stolz Ansehlichkeit in den Knochen, die er nie überwindet. Die Adelsskizze, die Welt der Fürsten und Fürstentumskinder, der Grafen und Baronessen hat für ihn noch immer einen Sittencharakter, zu dem er bewunderungsgeladener ausblickt. Der politisch reife Proletarier aber hat für diese historisch gewordenen Parastücken gar kein Interesse mehr übrig, sein Blick hängt nicht an verstaubten „Idealen“ aus der geschichtlichen Kumpfkammer, er geht in die Zukunft. — Dann aber das rein künstlerische! Diese ausgelebte Kunst, diese mißhandelte Sprache, das sind alles Schalen ohne Kern, Schablonen, ausgepöpelte Käse, in denen weder Herz noch Kopf, kurzum kein Mensch steckt. Am 1. Mai, dem Weltkrieger der Arbeit, hoste die Leipziger Bourgeoisie nichts würdevolleres zu bieten, als ein neues Nachwerk dieser Kultur. „Die Silobaronen“ von Grünbaum und Jarno haut in dieselbe Kerbe, wie all das andre Zeug. Die Schablonen in das Passiv der Beweilt ist ein wenig Stallbau (Stillos = Pferdehock) gemischt, dazu eine Reihe musikalischer „Schlager“ mit Pöhlern, und fertig ist die Laube. Bei der Aufführung war man schifflich bemüht, etwas Tempo und Kolort zu geben, darunter litt aber, auch infolge des stimmlichen Unvermögens der hiesigen Kräfte, die Deutlichkeit der Aussprache außerordentlich. — Das Leipziger Proletariat darf jedenfalls mit größerer Gemüthsruhe auf seine würdigen, künstlerischen Mitarbeiter blicken, als die Leipziger Bourgeoisie auf ihren unwürdigen Operettenkaiser. Ly.

Das Symphoniekonzert am Dienstag in der Alberthalle zu Gunsten des Volkshauses bringt folgende Werke: Mozart, G-Moll-Symphonie und Arie aus Don Juan (Herr Vikmann), Weber, Ouvertüre und Overture aus Oberon (Fräulein Streng), Wagner, Elektra-Adell, Wolfram's Ansprache aus dem „Tannhäuser“ (Herr Kase), Richard Strauss, Tod und Verklärung. Dirigent ist Herr Professor Vohse. Die Karten (à 5 Mk.) sind längst vergriffen.

nominierten und während der Verhandlungen im Schilde der beteiligten Gemeinden unendlich vergrößert. Es muß auch bei dieser Gelegenheit darauf hingewiesen werden, daß die jetzige Abgrenzung der Bezirke mit dem harten Festhalten an der Scheidung zwischen Stadt und Land den entwickelten Verhältnissen und wirtschaftlichen Bedürfnissen nicht mehr entspricht.

Die Demokraten zur Regierungstreue.

Der Landesauschuss der Deutschen Demokratischen Partei in Sachsen befahte sich in seiner Sitzung am 29. April in Dresden vor allen Dingen mit der Regierungstreue in Sachsen. Nach einem Referat des Herrn Oskar Günther-Plauen ging die Meinung der Mehrheit der Versammlung dahin, daß man trotz mancher Enttäuschungen in der Konstitution an dieser doch festhalten müsse und eine Mitarbeit an der Regierung nicht ablehnen dürfe; schon um der außerordentlich wichtigen und dringenden gesellschaftlichen Aufgaben willen, die der Erledigung gerade jetzt noch harten: Verfassung, Etat, Beamten-Versorgungsreform. Eingehend wurde auch die Frage erörtert, ob gleichzeitig mit den Reichstagswahlen die Wahlen zur Volkskammer anzuknüpfen sein möchten oder nicht. Die Mehrheit konnte sich für eine schon jetzt erfolgende Übernahme der Wahlen zur Volkskammer nicht entscheiden, weil sie es für die Pflicht der Volkskammer hielt, die grundlegenden gesellschaftlichen Aufgaben, wie sie im vorstehenden aufgeführt worden sind, ohne Unterbrechung in aller Ruhe zu erledigen.

Als selbstverständliche Voraussetzung für das Verbleiben in der Konstitution wurde bezeichnet, daß das Programm der neuen Regierung in seiner Hinsicht im Widerspruch steht mit den Grundanschauungen der Deutschen Demokratie. Wollte Klarheit hierüber erlangen dem Landesauschuss ebenso unerlässlich wie die volle Übernahme der Gewähr für die Erfüllung dieser Forderung durch die sozialdemokratische Fraktion.

Das Auftreten der Demokraten rief den Verdacht, daß sie bereits von den Rechtssozialisten oder doch wenigstens von einigen Führern der rechtssozialistischen Fraktion die Bindende Zugabe erhalten haben, daß in Zukunft noch weniger wie jetzt sozialistische Politik in der Regierung getrieben wird. Zwischen Rechtssozialisten und Demokraten ist danach kaum noch ein Unterschied zu finden. Sie gleichen sich, wie ein Ei dem andern und treiben bürgerlich-kapitalistische Politik. Vor allen Dingen haben sie die Furcht vor

der Abschüttung mit den Wählern demütig. Solchen sie den Termin der Abrechnung auch um einige Monate hinaus, ausbleiben wird dies nicht, sie wird nur um so gründlicher werden.

Bestimmungen für die Elternratswahlen.

Um die bei den Wahlen der Elternräte entstehenden Zweifel zu beseitigen, hat das sächsische Kultusministerium folgende Bestimmung erlassen:

Die Bestimmungen im § 11 Abs. 1 und 2 des Ubergangsgesetzes vom 22. Juli 1919 schließen nicht aus, daß das Verfahren bei der Wahl von Elternräten sowie die Zusammensetzung dieser Räte in der Druckschriftordnung geregelt wird. Dagegen ist die Einführung eines Zwanges zur Bildung von Elternräten durch die Druckschriftordnung im Ubergangsgesetz nicht vorgesehen, vielmehr ist die Entscheidung darüber, ob ein Elternrat zu bilden ist, einer Elternversammlung zu überlassen, die von der Lehrerschaft aus freier Entscheidung oder auf Antrag der Elternschaft einzuberufen ist. Auch fällt es das Ministerium für geboten, daß entsprechende Bestimmungen über den Elternrat nicht ohne vorheriges Gehör einer Elternversammlung getroffen werden. Stimmberechtigt und wählbar sind bei den Elternversammlungen die Eltern, die Abvokaten und die Vormünder der Schüler, die die Schule besuchen, und zwar hat jeder Wahlberechtigte nur eine Stimme. Ist ausnahmsweise einem Vormund die Sorge für die Person eines Kindes nicht mit übertragen, so tritt an dessen Stelle der vom Vormundschaftsgericht bestellte Pfleger. Wahlen erfolgen nach Stimmenmehrheit durch den Stimmzettel. Wahlen durch Zuzug sind nur zulässig, wenn sich kein Widerspruch erhebt.

Die Forderungen der Gemeindebeamten.

Der sächsische Gemeindebeamtenbund fordert in seiner letzten Versammlung in Dresden Gleichstellung mit den Staatsbeamten, insbesondere auch die Schaffung eines einheitlichen Beamtenrechts. Außerdem wird in einer Entschließung die bestimmte Erwartung ausgesprochen, daß Regierung und Volkskammer der öffentlichen Forderung des Gemeindebeamtenstandes

unabhängig Rechnung tragen und ein Gesetz fassen, das die neuen Bestimmungslage des Reichs und des Staates einheitlich auf sämtliche Gemeinden überträgt.

Holz soll ausgeliefert werden.

Die sächsische Regierung hat der deutschen mitgeteilt, daß Holz entsprechend den Bestimmungen des internationalen Reichs ausgeliefert werden soll.

Hygienische Volksbelehrung.

In einer auf Einladung des Ministeriums des Innern einberufenen Zusammenkunft von Vertretern von Behörden, Ärzten und anderen Organisationen in Dresden wurde die Gründung eines Schulausschusses für hygienische Volksbelehrung beschlossen. Als Ziel wurde die Erhaltung und Hebung der Volksgesundheit bezeichnet. Die Einrichtungen des Deutschen Hygienemuseums in Dresden sollen der Bewegung für das ganze Land nutzbar gemacht werden.

Eine Liste der Konfessionsräte.

Nach Mitteilungen der bürgerlichen Presse soll zu den Reichstagswahlen für Sachsen eine sogenannte „parteilose“ Liste aufgestellt werden. An der Spitze marschieren der Volkshilfenprofessor Dr. Stadler. Ihm sollen je ein Vertreter der Landwirtschaft, der Industrie, des Handwerks und der Arbeiterschaft folgen. Es versteht sich ganz von selbst, daß die Kosten für dieses merkwürdige Ensemble von den Industriellen getragen werden.

Planen. Die Stadterordneten stimmten einer Neuordnung der Erwerbslosenunterstützung zu. Die dadurch entstehenden Mehraufwendungen betragen 42000 Mk., wovon die Stadt zwei Zwölftel zu tragen hat. — Gegen 21 bürgerliche Stimmen wurde ferner ein Berechnungsgeld von 10000 Mk. für den Arbeiterrat bewilligt.

Todeta. Vom Koroletzen bei Todeta fürzte das 12 Jahre alte Schützchen eines Holzhandlers ab und zog sich einen schweren Schädelbruch zu.

Wichtige Bekanntmachungen.

1000 Mark Belohnung!

Einbruchs-Diebstahl!

Wer hat beobachtet, daß in der Nacht vom Sonnabend zum Sonntag sich aus dem Hause Ecke Morfelder u. Kaiserstraße zwei Männer mit einem Sack entfernten. Gestohlen wurden Stoffe, Schuhe. Besonders Straßenbahnpersonal zur besonderen Beachtung.

1000 Mark Belohnung!

Aus mehreren Zimmern eines Grundstücks in der Ferdinand-Rhode-Straße sind am 29. April 1920 umfänglich 1 Uhr und 43 Uhr gestohlen worden: 2500 Mk. Geld, 1 Brieftasche mit 500 Mk., eine silberne Herrenarmbanduhr, eine goldene Damenarmbanduhr, eine Mittelberrenuhr, eine Perlenkette, Perle nach und weiß, eine silberne Herrenarmbanduhr, eine silberne Herrenuhr mit goldenen Zeigern, arabischen Zahlen und dem Monogramm M. B. auf dem Deckel, ein goldener Trauring, eine Krawattennadel mit einer Perle und Brillanten besetzt, zwei Perlenhalsketten mit Goldelastik, ein Paar neue, graue Sammeten und ein neues schwarzweißgestreiftes, leinenes Herrenhemd.

Auf Wiedererlangung der gestohlenen Gegenstände setzt der Gestohlene 1000 Mark Belohnung aus.

Sachdienliche Beobachtungen werden schnellstens erbeten an die Kriminalabteilung an Kr.-P.-A. I 1319 20.

Das Polizeiamt der Stadt Leipzig.

Ablieferung der Seifenpulvermarken durch die Seifenhändler.

Die Seifenhändler haben die im April in ihren Geschäften abgegebenen Seifenpulverabstimmte der Monate April und Mai 1920 in absteigender Ordnung in der Bezugskasse, Marktgrabenstraße 8, Zwischengeschoss, abzuliefern:

norm. 8 Uhr	1-800	} der Berechnungsausweise.
" 9 "	601-1200	
" 10 "	1201-1800	
" 11 "	1801-2400	
" 12 "	2401-3000	
norm. 1 "	3001-3600	} der Berechnungsausweise.
norm. 2 "	3601-4200	

Die Händler haben auf den Empfangsbestätigungen ihren Vor- und Zunamen sowie Straße und Hausnummer anzugeben. Es dürfen nur auf volle Kilogramm lautende Empfangsbestätigungen zur Abkempfung vorgelegt werden. Empfangsbestätigungen, auf denen Änderungen durch Radieren, Verbleiben oder Durchstreichen erfolgt sind, sind unzulässig.

Leipzig, am 29. April 1920.

Der Rat der Stadt Leipzig.

Petroleumabgabe.

Da uns noch einmal Petroleum zur Verteilung zugewiesen worden ist, kann, soweit die Vorräte reichen, den Volk- und Untermerkt auf die Kr. 13 der Petroleumarten 2 Liter Petroleum verabreicht werden. Die besten Petroleumarten sind durch Schilder mit dem Aufdruck „Petroleumverkauf“ gekennzeichnet.

Gew.-A. I. A. Leipzig, am 29. April 1920.

Der Rat der Stadt Leipzig.

Verteilung von Dosenmilch an Schwerkrriegsbeschädigte.

Die Schwerkrriegsbeschädigten — das sind die, die 50 Proz. und mehr Rente bestehen — erhalten 1 Dose amerikanische Vollmilch mit Zucker zum Preise von 1.75 Mk. zuzüglich. Sie wird in folgenden Ausgabestellen unter den üblichen Bedingungen (Sanitätskarte, Rentenausweis, ärztliches Zeugnis) ausgegeben:

- Dienstag, den 4. Mai, vorm. 9-12 Uhr, im Schwanthof, Altmühlener Straße gegenüber der Sparbankstrasse, Strahnenbahnhaltestelle Kronprinzstraße, Linie 18.
- Dienstag, den 5. Mai, nachm. 3-5 Uhr, L.-Hofmarsdorf, Konradstr. 30 (4. Rathaus).
- Mittwoch, den 5. Mai, nachm. 3-5 Uhr, L.-Hofmarsdorf, Konradstr. 2 (Städtische Erziehung- und Pflegeanstalt).
- Donnerstag, den 6. Mai, nachm. 3-5 Uhr, L.-Hofmarsdorf, Mehlstr. 1 (3. Rathaus).
- Freitag, den 7. Mai, nachm. 3-5 Uhr, Johanniskirche 11 (Städtische Freibad).

Leipzig, am 30. April 1920.

Der Rat der Stadt Leipzig.

Verkauf von Pilzwürze unter städtischer Aufsicht.

Zuteilung: Auf die Marken 18 E und K der allgemeinen Lebensmittelkarte Reihe N 125 g Pilzwürze. Der Preis beträgt 75 Pfg. für 125 g. Kartenabgabe: Verbraucher bis Dienstag, den 4. Mai, Kleinbändler an den Obmann Mittwoch, den 5. Mai.

Leipzig, am 30. April 1920.

Der Rat der Stadt Leipzig.

Verteilung von Nährmitteln unter städtischer Aufsicht.

- 1. auf die Marken 9 E und K der allgemeinen Lebensmittelkarte Reihe N 125 g geschälte halbe Erbsen.
- 2. auf die Marke 16 der Zusatzlebensmittelkarte für Kriegesgefangene 250 g geschälte Erbsen.
- 3. auf die in einem Streifen abzugeben den Fleischmarken O 1-5 (nicht Sondermarken O 1-5) für die Personen, die darauf kein Fleisch anmelden, 100 g geschälte halbe Erbsen.
- 4. auf die Marke 20 K der allgemeinen Lebensmittelkarte Reihe N.
- 5. auf die Marken S 1 W, S 2 W, S 3 W der neuen Lebensmittelkarte für Kinder bis zu 2 Jahren S 1, S 2, S 3, O 1.

Der Preis beträgt für 100 g geschälte halbe Erbsen 1.32 Mark für 125 g 1.86 Mark und für 250 g 3.80 Mark, für 500-g-Paket-Kindergartenmehl 77 Pfg., für 250-g-Paket (alte Packung) 65 Pfg., für 250-g-Paket (neue Packung) 65 Pfg. Für Kindergartenmehl steht niemand ein Wahlrecht zu.

Leipzig, am 30. April 1920.

Der Rat der Stadt Leipzig.

Verteilung von Marmelade unter städtischer Aufsicht.

Zuteilung auf Marke 10 E und K der allgemeinen Lebensmittelkarte Reihe N 1/2 Pfund Marmelade zum Preise von 3.70 Mark für das Pfund.

- Wartensabgabe bis Mittwoch, den 5. Mai.
- Bezugscheinentnahme in der Bezugskasse, Marktgrabenstr. 8, Donnerstag, den 6. Mai.
- Warenausgabe durch die bekannten Lagerstellen der Lebensmittel-Versorgungsgesellschaft Freitag und Sonnabend, den 7. und 8. Mai.
- Die Mitglieder des Warenkaufvereins Leipziger Kaufleute und des Einkaufsvereins Leipziger Produzenten haben die Ware vom Lager ihres Vereins zu entnehmen.
- Die Kleinbändler erhalten auf ihre Kosten den üblichen Zuschlag.
- Warenausgabe durch die Verbraucher bis 14. Mai.
- Bezugsartenablieferung Ma 53 durch die Ausgabestellen Freitag, den 14. Mai.

Leipzig, am 30. April 1920.

Der Rat der Stadt Leipzig.

Nachberechnung der Zuckerbestände.

Auf Grund der Verordnung über den Verkehr mit Zucker vom 31. März 1920 (RGBl. Nr. 69, Seite 381), werden mit Wirkung vom 8. Mai 1920 erhöhte Kleinhandelspreise für Zucker festgesetzt, die nach rechtlich begründeten Angaben werden. Der erhöhte Preis tritt für den letzten Abschnitt der Zuckerkarte, Reihe 16, dessen Belieferung am 8. Mai 1920 beginnt, sowie für diejenigen Bezugskarten und Ergänzungskarten in Kraft, welche nach dem 7. Mai beliefert werden. Mit Rücksicht hierauf hat die Nachberechnung der zu diesem Zeitpunkt noch im Handel befindlichen Zuckervorräte stattzufinden. Diese wird vorgenommen durch die Groß- und Zwischenhändler auf Grund noch zu erlassender Auslieferungsbestimmungen der Zuckerverteilungsstelle. Durch diese Maßnahme wird eine sofortige Einlieferung sämtlicher noch im Besitz der Kleinbändler befindlichen Bezugsausweise, Bezug- und Ergänzungskarten, Reihe 16, bedingt. Die Einlieferung derselben hat zu erfolgen vom Kleinbändler an den Lieferanten bis spätestens zum 10. Mai 1920.

Alle später eingehenden Bezugsausweise, Bezug- und Ergänzungskarten gelten als bereits zum erhöhten Preise beliefert und werden den Bezugsausweisarten erst dann ausgeschrieben, wenn der der Nachzahlung zu unterwerfende Zuckerbestand auf dem Konto festgelegt worden ist.

Dresden, am 24. April 1920, 276a RGBl. I. Reichskolonialministerium, Landeslebensmittellamt.

Große Leipziger Straßenbahn.

Am 4. Mai 1920 treten folgende neue Beförderungspreise in Kraft:

Einzelfahrten ohne Umsteigen mit	60 Pfg.	Sonn- und Wochentags	80 Pfg.
Knipsarten für 11 Fahrten ohne Umsteigeberechtigta	8 Mk. u. 20 Pfg. Zuschlag für jede Fahrt		

Schülerkarten gegen Bescheinigung der Schulleitung für direkten Weg zwischen Wohnung und Schule für Schüler bis zum 15. Lebensjahre monatlich 15 Pfg. Für alle Fahrten mit Fahrkartentritt nach 9 Uhr abends werden 30 Pfg. Zuschlag erhoben. Wegen Papierknappheit müssen die bisherigen Fahrtscheine weiter verwendet und zu den angegebenen höheren Preisen verkauft werden. Die im 40-Pfg.-Tarif ausgegebenen Knipsarten werden ausnahmslos nur bis zum

15. Mai 1920 anerkannt; für nicht abgeleitete Fahrten wird kein Erlös geleistet.

Für jede Monatsanzahlkarte für Erwachsene mit Gültigkeit für April 1920 wird die Einlagegebühr von 1.50 Mk. zurückgezahlt, wenn diese Karten bis spätestens 10. Mai 1920 an die Zeitkartenabgabe, Zeiser Straße 12, an die Verwaltung der Betriebsabnahme oder die Dienststellen in den Wartehallen am Augustusplatz und Fleischereihaus zurückgegeben werden.

Leipzig, am 1. Mai 1920.

Die Direktion.

Zwenkau.

Die gemäß § 6 des Reichsimpfgesetzes vom 8. April 1920 vorzunehmenden Impfungen werden in diesem Jahre für die Stadt Zwenkau und die Dörfer Koblitz und Smittz umfassen den Bezirk:

- Donnerstag, den 6. Mai 1920, nachmittags 3 Uhr, im Saale des alten Rathauses, stattfinden. Zur Beschäftigung sind die geimpften Kinder Freitag, den 14. Mai 1920, nachmittags 3 Uhr, am gleichen Orte sämtlich dem Impfarzt vorzuführen.

In den obgenannten Terminen sind vorzuführen bzw. der Impfung zu unterziehen:

- a) alle im Jahre 1919 geborenen und hier bzw. in Koblitz und Smittz aufhältlichen Kinder sowie
- b) alle in früheren Jahren geborenen und hier bzw. in Koblitz und Smittz aufhältlichen Kinder, bei welchen die Impfung unterblieben mußte.

Kindern aus Säugern, in denen ansteckende Krankheiten als: Scharlach, Malaria, Diphtherie, Krupp, Keuchhusten, Flecktyphus, rosenartige Entzündungen oder die natürlichen Vorden herrschen oder innerhalb der letzten 6 Wochen aufgetreten sind, dürfen nicht in die öffentlichen Impfstermine gebracht werden, die betr. Eltern oder Pflegeeltern haben jedoch solches unter Vorlegung eines diesbezüglichen ärztlichen Zeugnisses im Rathaus — Zimmer 4 — zu melden.

Es werden daher die Eltern, Pflegeeltern und Vormünder der impfpflichtigen Kinder in den Orten Zwenkau, Koblitz und Smittz hierdurch aufgefordert, bei Vermeidung von Geldstrafe bis zu 50 Mk. oder entsprechender Haftstrafe mit ihren impfpflichtigen Kindern, die mit reingewaschenem Körper und mit reinen Kleider zum Impftermin gebracht werden müssen, in den anberaumten Impf- und Revisionssterminen zum Zwecke der Impfung und ihrer Kontrolle zu erscheinen oder die Befreiung von der Impfung durch ärztliche Zeugnisse nachzuweisen.

Die Tage für die Wiederimpfungen der Schul Kinder werden durch die Schuldirektion bekannt gegeben.

Zwenkau, am 27. April 1920.

Der Bürgermeister.

Zwenkau.

Am 29. und 30. April sind ausgegeben worden: 1 Pfd. Erbsen für 5.25 Mk., 1/2 Pfd. weiße Bohnen für 2.50 Mk., 1/4 Pfd. Kartoffelstärke für 20 Pfg., 100 Gramm Roggenvollkornmehl für 2.80 Mk., 30 Gramm Butter für 1.05 Mk.

Der Stadtrat.

Militärsehwerk.

für minderbemittelte Ordnungswahner im Konsumverein, bei Förster, Laßky, Grünwald. Der Stadtrat.

Thelka.

Wegen Beschüttung des Seehäufener Weges (Strecke kurz vor Seehäufen) und des Blauschwarzes Weges (Strecke zwischen Seehäufen und der Dauer der Arbeiten für allen Verkehr gesperrt. Thelka, am 30. April 1920.

Der Gemeindevorstand.

Das gute Niebeck Bier




U. S. P. D. Gross-Leipzig.

Mit-Leipzig. Der für Montag, den 3. Mai, abends 8 Uhr angelegte Frauen-Blasungs- und Losabend findet nicht im Volkshaus, sondern im Restaurant Apfelbaum, Burgstraße 7, statt. Erlauben aller Genossinnen ist notwendig.

Die Vertrauensperson. Die Funktionärinnen und Genossinnen von Mit-Leipzig, Bezirk Süd, welche sich an der Arbeit zum Frauentag beteiligen wollen, werden gebeten, um 7 Uhr da zu sein.

Elternabend der 24. Volksschule (Oststr.)

Mittwoch, den 5. Mai, abends 7 Uhr, in der Schulaula. Eltern, erscheinen pünktlich. Oratorverein Thonberg-Neuroudnitz (U. S. P.). Die allgemeine Volksschule und der Religionsunterricht in der Republik Sachsen mit ausführlichen Erläuterungen von Richard Lipinski. Preis 1.25 Mk. Leipziger Buchdruckerei A. G. Leipzig, Tauhafer Straße 19/21.

Leutzsch.

Dienstag, den 4. Mai, abends 7 Uhr Aufstellung der Einwohnerwehr im Alten Kathol. Leutzsch, Lindenauer Str. Es ist Pflicht aller in die Liste der Einwohnerwehr eingetragenen Genossen, in gewohnter militärischer Uniform zu erscheinen. Weitere Einberufungen erfolgen dabeilist. Militärpass und Parteibuch mitbringen. Die Leitung.

